

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 15. Oktober 2009, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Hermann Steiner, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 43
 Mitglieder des Gemeinderates: 7
 Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
 Martin Frey, Leiter Finanzabteilung
 Franz Hard, Schulpflegepräsident

Protokoll: Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt Meister Werner, Mitglied des Einwohnerrates, SVP
 Loppacher Barbara, Mitglied des Einwohnerrates, SP
 Aebi Rolf, Mitglied des Einwohnerrates, FDP
 Kost Daniel, Mitglied des Einwohnerrates, CVP
 Egloff Andrea, Mitglied des Einwohnerrates, CVP
 Strebel Susanne, Mitglied des Einwohnerrates, SP
 Frey Stephan, Mitglied des Einwohnerrates, CVP

- Traktanden: 1. Protokoll der Sitzung vom 10. September 2009
2. 1 Einbürgerung; Pavan Abivarna, geb. 5. Januar 1995, sri-lankische
 Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 105c
2. 2 Einbürgerung; Filan Emela, geb. 15. Juli 1992, bosnisch-
 herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen,
 Zentralstrasse 90
2. 3 Einbürgerung; Leo Emilio, geb. 12. April 1971, italienischer
 Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 76
3. Voranschlag 2010
4. Kreditbegehren von Fr. 200'000.00 als einmaligen Beitrag für die
 Belagsanierung der Tennisanlage Altenburg
5. Postulat Jürg Baumann, SVP, vom 11. Dezember 2008 betreffend
 Überprüfung der Sackgebühren - Umsetzung

0. Mitteilungen

Hermann Steiner, Präsident: Am 27. September 2009 wurden neben den Bundes- und Kantonsabstimmungen auch die Gesamterneuerungswahlen der Gemeindebehörden durchgeführt. Unser Gemeindeammann, Dr. Markus Dieth, wurde

mit einem glanzvollen Resultat wiedergewählt, ebenfalls unsere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Ebenso gratuliere ich unseren Einwohnerräten, welche sich für die nächsten 4 Jahr für unsere Gemeinde zur Verfügung stellen . Die konstituierende Sitzung wird am 21. Januar 2010 stattfinden.

0.a Rechtskraft

Die Rechtskraft der Beschlüsse der Sitzung vom 10. September 2009 ist noch nicht eingetreten. Die Referendumsfrist ist noch nicht abgelaufen. Ich werde am 10. Dezember 2009 die Rechtskraft dieser Beschlüsse und der heutigen Beschlüsse bekanntgeben.

0.b Neueingänge

0.b.a Interpellation Esther Elsener Konezciny, SP/WettiGrün, vom 15. Oktober 2009 betr. Krippenpool und Angebot der Krippenplätze

Seit bald 7 Jahren besteht zwischen Wettingen, Baden, Ennetbaden und Obersiggenthal ein Gemeindevertrag für die familienergänzende Betreuung der Kinder im Vorschulalter. Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen ist in den vergangenen Jahren immer gestiegen, das heutige Angebot vermag diese Nachfrage nicht abzudecken. Insbesondere sind - nicht nur in den Poolgemeinden, sondern im gesamten Kanton Aargau - Babyplätze und subventionierte Plätze Mangelware. Dies zeigt die Tatsache, dass aufgrund der Anfrage der SP Baden im Einwohnerrat Baden festgestellt wurde, dass im September 2009 in allen Poolkrippen eine Warteliste von 172 Kindern bestand, davon waren 73 Säuglinge. Insgesamt wurden in den Poolgemeinden anfangs September 2009 rund 790 Kinder betreut, davon 314 in den Poolkrippen. {Die restlichen Kinder werden in Krippen, die nicht zum Pool gehören, betreut: 6 ABB-Krippen, KSB-Krippe, Kita Häsliburg, Kita Fuxli und Kita Chlostergarte. Zusätzlich werden durch den Verein Tagesfamilien 110 Kinder aus den Poolgemeinden in Tagesfamilien betreut, 11 Kinder stehen auf der Warteliste)}

Diese Entwicklung ist keine Spezialität der Poolgemeinden, sondern eine gesellschaftliche Entwicklung, die sich im ganzen Kanton widerspiegelt. Seit anfangs Jahr 2009 wurden über 600 neue Plätze in bisherigen und neuen Einrichtungen im Kanton Aargau geschaffen. Die ständig steigende Nachfrage nach Betreuungsplätzen wird auch nicht einfach aufhören, denn gemäss Bundesamt für Statistik nehmen bereits jetzt 50 % der Paarhaus halte und 72 % der Alleinerziehenden, wenn das jüngste Kind unter 7 Jahre alt ist, familienergänzende Kinderbetreuung in Anspruch. Tendenz steigend.

Meine Fragen:

1. Welche Strategien entwickeln die vier Pool-Gemeinden, um die Vorschulkinderbetreuungsplätze bedarfsgerecht anzubieten?
2. Wie sieht die dazugehörige Zeitplanung aus?
3. Welche Auswirkungen haben die geplanten Strategien für Wettingen?
4. Welche Auswirkungen haben die geplanten Strategien auf die Plätze für die Betreuung der Schulkinder (Hortplätze) in den Krippen, die zum Pool gehören?
5. Welche Strategien gibt es zusätzlich in Wettingen, wenn es um Fragen betreffend Betreuung der Vorschulkinder - Ressort Soziales - und der Betreuung der Schulkinder (Hort) - Ressort Bildung - geht?
6. Welche Synergien werden zwischen den beiden Ressorts genutzt?

1. Protokoll der Sitzung vom 10. September 2009

Das Protokoll der Sitzung vom 10. September 2009 wird genehmigt und dem Verfasser Urs Blickenstorfer verdankt.

2. Einbürgerungen

2.1 Einbürgerung; Pavan Abivarna, geb. 5. Januar 1995, sri-lankische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 105c

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 34 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.2 Einbürgerung; Filan Emela, geb. 15. Juli 1992, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 90

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 34 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.3 Einbürgerung; Leo Emilio, geb. 12. April 1971, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 76

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 34 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

3. Voranschlag 2010

Eintreten

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Der Gemeinderat präsentiert der Finanzkommission ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 87 % sowie Pflichtabschreibungen von 7 %. Der Nettoaufwand im Budget 2010 ist mit rund Fr. 43 Mio. veranschlagt, gegenüber Budget 2009 also nur unwesentlich höher (Fr. 42.85 Mio.). Wie auch im Budget 2009 fällt wiederum die massive Belastung im Konto 580.361.01 (Restkosten Sonderschulung/Heimaufenthalt) mit rund Fr. 4.37 Mio. (plus Fr. 0.3 Mio. gegenüber Budget 2009) stark ins Gewicht. Die weiteren grossen Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2009 ergeben sich in der allgemeinen Verwaltung durch die Stellenaufstockungen bei der Kanzlei (Standortförderung), Bauverwaltung (Fachplaner) und Informatik (Leiter IT). In der Abteilung 3 sind Mehraufwendungen bei der Sporthalle tägi (349.314.00) zu verzeichnen. Im Bereich Jugend (540) erhöhen sich diverse Budgetpositionen beträchtlich: 540.364.00 Beitrag Mütter- und Väterbetreuung; 540.364.02 Fachstelle Familie, Baden; 540.365.02 Pool Beiträge an Kinderbetreuung. Erneut ist eine exorbitante Steigerung der materiellen Hilfe an Private unter 581.366.00 festzustellen.

Im Budget 2010 sind Investitionen von rund 8.3 Mio. geplant. Gegenüber dem Finanzplan vom Juni 2009 liegen diese rund 3.7 Mio. tiefer. Bei einer Eigenfinanzierung von rund Fr. 3.7 Mio. ergibt dies im Budget 2010 einen Eigenfinanzierungsgrad von 44 %. Die Budgetierung der Einkommens- und Vermögenssteuern ist erneut sehr optimistisch angenommen. Insgesamt ist eher von einem knapp positiven Resultat bei der Verwaltungsrechnung 2010 auszugehen. Gemäss Finanzplan vom 26. Juni 2009 prognostiziert der Gemeinderat per

Rechnungsjahr 2011 eine Steuerfusserhöhung um 5 % auf 92 %. Diese Erhöhung hängt insbesondere massgeblich vom geplanten Investitionsprogramm ab. Die nächsten Monate werden zeigen, wie sich diese Investitionssituation entwickeln wird. Hauptsächlich unterstützt die Finanzkommission weiterhin eine gesunde, aber auch restriktive Finanzpolitik wie sie in den vergangenen Jahren gewählt wurde. Stets wurde seriös und umsichtig budgetiert. Unter Berücksichtigung der künftigen Investitionen sollen die Finanzen auch in Zukunft gesund bleiben. Die entsprechende Flexibilität muss über die Steuerfussituation erhältlich gemacht werden. Insgesamt ist es nach einer grossen Mehrheit der Finanzkommission vertretbar, den Steuerfuss auf dem tiefen Niveau von 87 % zu belassen. Sehr entscheidend ist jedoch, dass die Eigenfinanzierung noch maximal erhöht wird. Dieses Ziel hat die Finanzkommission strikte verfolgt und mit bewussten Budgetkorrekturen erreichbar gemacht. In der Diskussionsrunde werde ich Ihnen die verschiedenen Streichungsvorschläge präsentieren. Die Erhöhung der Pflichtabschreibungen würde ein positives Zeichen im Sinne einer erhöhten Eigenfinanzierung durch höhere obligatorische Abschreibungen setzen. Die Finanzkommission ist zuversichtlich, dass auch der Einwohnerrat dieses Anliegen unterstützt.

Der gute Eindruck aus dem EWW kann erneut bestätigt werden. Die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Einwohnergemeinde und EWW funktioniert gut und zur Zufriedenheit der involvierten Personen. Die Umstellung des Rechnungslegungsmodells ist erfolgt und wie bereits in der Vergangenheit mehrfach erwähnt, werden erst die kommenden Jahre die Vergleichbarkeit der Zahlen mit sich bringen. Der Stellenplan des EWW bleibt für das kommende Jahr unverändert.

Im Stellenplan 2010 der Einwohnergemeinde sind Stellenaufstockungen von insgesamt 590 % vorgesehen. Im Detail zeigen sich diese wie folgt: Informatik 100 %, Inventuramt 20 %, Schulsozialarbeit 80 %, Polizei 200 %, Bau und Planung 100 %, Werkhof 100 % sowie Sozialabteilung 10 %. Mit Ausnahme der Stellenaufstockung in der Informatik sind die Aufstockungen begründet und nachvollziehbar. Zum Streichungsantrag im Bereich Informatik komme ich später.

Die Besoldungsanpassung ist im Budget 2010 mit 1 Lohnprozent berücksichtigt. Auch wenn es im nächsten Jahr beim einen oder anderen Betrieb in der Privatindustrie zu einer Nullrunde kommen wird, erachtet die Finanzkommission die maximale Berücksichtigung von 1 Lohnprozent als angemessen. Dies gründet darin, dass die Arbeitnehmenden der Gemeindeverwaltung im Jahre 2008 auf Beschluss des Stiftungsrates die Pensionskasse sanieren mussten. Aufgrund eines Rückgangs der Deckung unter 100 % mussten Sanierungsmassnahmen beschlossen werden. Diese wurden einseitig zu Lasten der Arbeitnehmenden beschlossen, indem während einem Jahr auf die Verzinsung des BVG-Guthabens (im Jahre 2008 noch 4 %) verzichtet werden musste. Dank des entsprechend nicht angefallenen Zinsaufwandes konnte die Stiftung saniert werden. In Anbetracht dieser Umstände und auch mit Blick auf die umliegenden Gemeinden erachtet die Finanzkommission die vom Gemeinderat vorgeschlagene Lohnerhöhung um 1 % als angemessen. Ganz klar hat sich die Finanzkommission dafür ausgesprochen, dass diese Lohnerhöhung nur über die Leistungsbeurteilung ausgeschöpft werden soll, dies als Empfehlung an den Gemeinderat, welcher für die Festlegung dieses Verhältnisses kompetent ist. Insgesamt konnte mir Martin Frey einen tadellosen Budgetablauf bestätigen. Hinzu kommt die sehr angenehme und konstruktive Zusammenarbeit mit dem EWW. Ich danke allen Beteiligten für Ihre Arbeit.

Abschliessend darf ich im Namen der Finanzkommission allen kontaktierten Personen der Gemeindeverwaltung, des EWW sowie des Gemeinderates für die transparente

Kommunikation bestens danken. Ein spezieller Dank gebührt Martin Frey mit seinem Team. Martin Frey steht stets kompetent und freundlich mit Rat und Tat zur Verfügung. Vielen Dank!

Zusammenfassend beantragt Ihnen die Finanzkommission mit 4:1 bei 5 Anwesenden auf die Budgetdebatte einzutreten.

Markus Maibach: Die Fraktion SP/Wetti Grünen stellt den Antrag auf Nichteintreten. Was wir hier vor uns haben ist ein an allen Ecken und Enden abgeschliffenes Sparbudget. Es zeigt uns noch stärker als bereits im Vorjahr, dass die Finanzpolitik des Gemeinderats nicht nachhaltig ist und Gefahr läuft, in eine Sackgasse zu geraten. Wieso muss die Gemeinde just jetzt sparen, wenn sie doch die Mittel hätte und in Zukunft grosse Investitionen vor sich hat. Probleme vor sich her schieben anstatt zu lösen führt bekanntlich zu einer Bugwelle (Finanzbürde) in der Zukunft. Der Grund ist klar: Weil unser VW Motörchen schon wieder am Stottern ist. Die Belastbarkeit ist mit dem niedrigen Steuerfuss so gering, dass beim kleinsten Wind an allen Schrauben gedreht werden muss, um ein ausgeglichenes Budget zu erzielen. Waren es vor einem Jahr noch 1.5 Mio, sind es dieses Jahr bereits 4.5 Mio CHF, die korrigiert werden mussten. Interessant ist dabei, dass der Gemeinderat dieses Mal alles offen gelegt hat. Einerseits eine vorzügliche Information, andererseits ist es nicht ganz klar, ob uns damit der Gemeinderat seine Hilflosigkeit aufzeigen will.

Erstens mussten wichtige Ersatzinvestitionen (z.B. die Sanierung von Elektroheizungen oder sinnvolle Materialbeschaffungen) zurückgestellt werden. Damit werden die Probleme nicht gelöst sondern nur aufgeschoben. Zweitens wurden diverse Beträge unvorsichtig optimistisch eingeschätzt (z.B. der Steuerertrag oder die Aufwendungen und Erträge für die materielle Hilfe), dies trotz Rezession. Damit wird die Budgetierungsvorsicht aufs Spiel gesetzt. Drittens werden wichtige Investitionen bereits wieder zurückgestellt, im Widerspruch zum eigenen Finanzplan des Gemeinderats. Und viertens müssen die Pflichtabschreibungen stark gesenkt werden, was die Verschuldung der Gemeinde in Zukunft wieder ankurbelt. Das Budget zeigt, dass die Senkung des Steuerfusses vor zwei Jahren ein verantwortungsloser Schritt in die falsche Richtung war.

Falls unser Antrag auf Nicht Eintreten nicht unterstützt wird, werden wir vor allem einzelne Streichungsanträge der Finanzkommission bekämpfen, insbesondere bei der Informatik (eine Kürzung des beantragten Stellenplans in einem Schlüsselbereich der Gemeinde ist äusserst kritisch) und bei der Schule (die Finanzkommission will die Einführung eines pädagogisch wertvollen Malateliers streichen).

Thomas Bodmer: Ich weiss nicht, ob ich über dieses Votum lachen oder weinen soll. Der Wettinger Stimmbürger hat deutlich gesagt, was er über diese Desinformationspolitik über die Wettinger Finanzen der grossen Koalition CVP/SP in den letzten 4 bis 8 Jahren hält. Unser Gemeindeammann jammert in der AZ darüber, dass man den Wettinger Bürger auf eine Steuererhöhung vorbereiten muss. Eine Steuerfusserhöhung, die aus unserer Sicht aus dem Raum gegriffen ist. In Tat und Wahrheit wäre eine Senkung angebracht und problemlos möglich. Gleichzeitig will man die Standortförderung ausbauen, obwohl man weiss, dass der Steuerfuss z.B. der Grund ist, warum Wettingen bei der nationalen Rating-Agentur Wüest und Partner viel besser geratet ist als z.B. Baden, welches sich immer als die Zentrumsstadt sieht. Dies v.a. wegen dem Steuerfuss. Weiter steigt der Personalaufwand in der grössten Krise seit den 30er Jahren in der Gemeinde Wettingen in einem einzigen Jahr um 6.5 %. Etwa gleich viel wie im Vorjahr. Auch Projekte und Dienstleistungen produzieren Mehrkosten. Ich spreche insbesondere von den Kindertagesstätten und Tagesstrukturen. Wir haben im Einwoh-

nerrat gesehen, dass dieses Produkt gar keine Nachfrage auslösen kann, trotz exorbitanten Kosten für den Steuerzahler. Trotz dieser durch den Gemeindeammann so negativ dargestellten Ausgangslage ist das Expertengremium Finanzkommission zum Schluss gekommen, dass man die Pflichtabschreibungen von 9 % auf neu 11 % erhöhen kann. Es ist wohl auch richtig, dass man im Rat einmal sagt, was Pflichtabschreibungen sind: Es ist nichts anderes, als der budgetierte Budgetüberschuss, welchen man unter der Bezeichnung Pflichtabschreibung ins Budget hineinnimmt. Also freiwillige Abschreibungen, die man zur Pflicht macht. Nichts anderes als der geplante Überschuss erscheint hier. Die Finanzkommission ist der Meinung, dieser könne angehoben werden. Anders dargestellt heisst das, dass wir 21 % der sogenannten Investitionen im ersten Jahr abschreiben können. Etwa in 4.5 Jahren schreiben wir Bauprojekte auf 0 ab. Jeder, der ein privates Unternehmen hat, weiss, was es bedeuten würden, wenn er seine Immobilien in 4 Jahren abschreiben könnte. Man hat gelernt, dass bei investierenden Firmen ein Return, ein Ertrag als Antwort auf das Investment zurückkommt. Wenn die Gemeinde investiert, heisst das noch lange nicht, dass je ein Ertrag zurückkommt. Ich sehe es eher so, dass wenn unter dem Titel Investitionen etwas gemacht wird, Folgedefizite kommen. Für den Staat ist der Begriff Investitionen das Synonym für Ausgaben mit langer Wirkung und hat mit Investitionen im eigentlichen Sinn gar nichts zu tun. Wenn der Gemeindeammann uns jetzt schon auf diese Steuerfusserhöhung aufmerksam machen will, dann muss das ganz andere Gründe haben. Es kann nur darum gehen, dass man den Steuerfuss mit demjenigen der Stadt Baden angleichen will, um später eine Fusion mit der Stadt Baden durchzuführen. Eine Steuerfusserhöhung wird sicherlich scheitern. Dies ist ein Thema. Ein anderes sind die wahnsinnigen Ausgaben von Fr. 130 Mio. beim Sportzentrum Tägerhard. Die SVP tritt trotzdem auf das Budget ein. Sie haltet nicht viel von taktischen Spielchen wie das die SP macht. Die SVP wird an geeigneter Stelle ihre Anträge anbringen.

Meier Thomas: Ich hoffe, Sie kennen den Film „Und ewig grüsst das Murmeltier“. Die Handlung des Films: die Hauptperson steht auf und erlebt immer wieder den gleichen Tag und merkt, dass etwas nicht stimmt. Die Budgetdebatten in diesem Saal sind genau gleich. Ich habe mir den Spass erlaubt zu schauen, ob das Drehbuch eingehalten wird und mir das Protokoll vom letzten Jahr ausgedruckt. Ich hätte auch die letzten Jahre ausdrucken können. Nachdem der Finanzkommissionspräsident sein Eintretensvotum hielt, stand Thomas Maibach auf und stellte den Antrag auf Nichteintreten. Er macht den Vergleich vom VW- und Mercedes-Motor und sagte etwas zu den gleichen 4 Schrauben. Danach kam das Votum von Thomas Bodmer, dass sich die SVP sehr lange überlegt hat, auf das Budget einzutreten. Wir wurden damals schon darauf hingewiesen, dass der Gemeindeammann eine Polemik loslässt, heute ist es jammern. Dass natürlich der Gemeinderat, die Finanzkommission, die SP und die CVP zusammen ein mieses Spiel treiben würden und trotz all dieser Parameter die SVP für ein Eintreten sei. Ich könnte mein Votum vom letzten Jahr auch ablesen. Ich versuche, es so kurz wie möglich wiederzugeben und so wenig wie möglich davon zu kopieren. Die CVP ist für Eintreten, weil wir fest davon überzeugt sind, dass haushälterisch mit dem Geld umgegangen wird. Wir sind gerne parat, die einzelnen Anträge inhaltlich zu diskutieren. Etwas würde ich zum Eintreten aber gerne noch sagen: Ich möchte einen Finanzspezialisten gerne zitieren: "Auch der Begriff Investition wird bewusst sinnentstellt verwendet. Weil man weiss, dass Investitionen in der Wirtschaft positive Zeichen sind, wird der Begriff für alles verwendet, was positiv wirken soll. Während Investitionen in der Wirtschaft getätigt werden, um über Erträge und Gewinn zurückbezahlt zu werden, verwenden Gemeinden den Begriff für alle grösseren Ausgaben, auch wenn die Ausgaben in Zukunft zu jährlich wiederkehrenden und grösseren Löchern und nicht mehr zu Erträgen führt." Diese Aussage ist sehr treffend. Das heisst, wenn die Gemeinde Investitionen macht und ein Schulhaus baut, dann investiert man nicht nur in etwas, das die Schüler nicht einmal zurückbezahlen, nein, man kriert sogar Folgekosten,

weil man ja noch Arbeitsplätze für Lehrer schafft, denen man den Lohn zahlen muss! Die Aussagen dieser Person haben für mich alle den selben Wahrheitsgehalt, ausser man würde das Gegenteil beweisen. Ein kleiner Trost bleibt, es ist die letzte Budgetdebatte, bei dem man dieses Votum hören musste. Die CVP ist für Eintreten.

Marco Kaufmann: Ich kann mich kurz halten. Fraktion Forum 5430/EVP ist auch für Eintreten. Wir sind zwar der Meinung, es ist ein schmales Budget, wie wir das auch schon gehört haben. Wir werden die Streichungsanträge der Finanzkommission, welche nicht technischer Natur sind, nicht unterstützen.

Markus Maibach: Ich danke für die sehr profunde Prozessbeobachtung. Es ist tatsächlich richtig, dass ich im letzten Jahr die Schrauben erwähnt habe. Was ich nicht sagte, ist: Die Rechnung von diesem Jahr haben wir noch nicht. Ich erwarte für die laufende Rechnung keine positiven Ergebnisse. Wir treffen uns im Frühling wieder. Dann schauen wir, wer optimistisch war. Was Tatsache ist: an den gleichen Schrauben hat man nochmals 3 Umdrehungen gemacht.

Martin Egloff: Die Fraktion FDP ist ebenfalls für Eintreten.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat begrüsst die Voten für das grundsätzliche Eintreten. Wir sollen an allen Schrauben gedreht haben. Das stimmt nicht. Wir haben uns, wie es die Aufgabe des Gemeinderates ist, intensiv mit den einzelnen Positionen befasst und sie hinterfragt. Macht es z.B. Sinn, im Gluri-Suter-Huus eine neue Heizung einzubauen, wenn es vielleicht umgebaut wird? Dort, wo man zu recht sagen konnte, es ist Luft, wurde zugunsten vom Notwendigen gespart. Zur Aussage, es wurden Investitionen von Fr. 2.5 Mio. zurückgestellt: keine einzige Investition gemäss Finanzplan 2009-2013 wurde zurückgestellt, um einen Budgetausgleich zu finden. Man hat Investitionen zurückgestellt im Wissen, dass der Finanzplan eine rollende Finanzplanung ist, in der sich Beträge verändern können. Man hat nicht gesagt, diese Investitionen kommen gar nicht, sie kommen einfach nächstes Jahr noch nicht. Diese Positionen sind noch immer enthalten. Ein Finanzplan sollte im Investitionsprogramm über 5 Jahre in etwa das Gleiche enthalten und nicht immer wieder geändert werden. Deshalb ist es nicht so, dass die Positionen gestrichen wurden, sondern sie wurden zum Zeitpunkt der Budgeterarbeitung nach der Wahrscheinlichkeit der Realisierbarkeit beurteilt. Thomas Bodmer, Ihr Leserbrief hat mich gefreut, wie auch das Votum. Aber es stimmt eigentlich nichts vom Inhalt. Zum Vorwurf, ich jammere um den Steuerzahler auf die geplante Steuerfusserhöhung vorzubereiten: Obwohl ich immer persönlich angesprochen werde, bin ich Teil des Gemeinderates, der eine Kollegialbehörde ist. Beim Finanzplan haben wir bereits drei Mal darauf hingewiesen, dass, möchte man alles, was im Investitionsprogramm enthalten ist, auch realisieren, dies zu einer Steuerfusserhöhung führen würde. Wir haben dies noch nie geändert. Die Plangenaugigkeit nimmt eher weiter ab. Nächstes Jahr müssen wir wieder beurteilen, wie es für 2011 aussieht. Sind diese Projekte, die seit Jahren im Finanzplan aufgeführt sind, auch schon spruchreif. Bezüglich der Rating-Auswertung: Ich habe den 150seitigen Bericht mehrfach bearbeitet in der Arbeitsgruppe "Zusammenarbeit". Der Steuerfuss ist ein wesentlicher Faktor, unbestritten, aber nicht der einzige. Dazu gehören zum Beispiel auch die gute Verkehrserschliessung und die Naherholung. Ein weiterer Punkt ist der Personalbestand: Dieser soll „in den vergangenen 10 Jahren bei 10 % Bevölkerungswachstum um 50 % zugenommen“ haben. Ich habe dies überprüft. 1997 hatten wir 132.75 Stellen. 2010 müssten wir gemäss dieser Aussage 70 Stellen mehr haben. Wir haben aber lediglich 9 Stellen mehr bei all den gewachsenen Aufgaben. Hier sieht

man, wie sparsam umgegangen wird und mitnichten 70 Stellen mehr geschaffen wurden. Zu den Pflichtabschreibungen: Ich möchte klar sagen, was Pflichtabschreibungen sind. Pflichtabschreibungen sind keinesfalls Luft. Sie sind Eigenfinanzierung für unsere Investitionen. Würden wir diese nicht machen, müssten wir für jeden Franken, den wir ausgeben möchten, Fremdfinanzierung aufnehmen, weil wir keine Eigenfinanzierung hätten. Deshalb ist dies etwas Wichtiges. Ich zitiere aus den Empfehlungen des kantonalen Gemeindeinspektorates: "Mittlere und grössere Gemeinden sollten einen höheren Abschreibungssatz als 10 % anwenden, weil sie in der Regel einen höheren Abschreibungsbedarf aufweisen. Die Gemeinde kann sich die Höhe der Pflichtabschreibungen selbst auferlegen, indem mit der Genehmigung des Voranschlages ein Pflichtabschreibungssatz beschlossen wird." Gemeinden mit mehr als 8'000 Einwohnern sollen demzufolge im Mittel über 10 % Pflichtabschreibungen haben. Ein weiterer Punkt ist die Umstellung auf die Abschreibungsmethode HR2. Die sollte ca. 2014/2015 erfolgen. Ich möchte noch etwas zu den aufgeführten Abschreibungszeiten sagen. Diese stimmen nicht. Die Abschreibung erfolgt nach dem Restbuchwert. Würde Fr. 1 Mio. mit 10 % abgeschrieben, so würde dies 40 Jahre dauern. Bei zusätzlichen Pflichtabschreibungen von 7 % 25 Jahre und bei zusätzlichen 10 % Pflichtabschreibungen 20 Jahre. Ich bitte Sie, auf das Budget einzutreten.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fällt mit 11 : 32 Stimmen folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Nichteintretensantrag der Fraktion SP/WettiGrünen wird abgelehnt.

Hermann Steiner, Präsident: Somit ist das Eintreten nicht mehr bestritten und wir kommen zur Detailberatung.

Detailberatung

0. Allgemeine Verwaltung

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Als allgemeine Bemerkung zu den nachfolgenden Streichungsanträgen der Finanzkommission ist festzuhalten, dass diese dem Gemeinderat während der Budgetprüfung vorab zur Kenntnis gebracht wurden, worauf der Gemeinderat die Möglichkeit hatte, dazu Stellung zu nehmen. Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der Finanzkommission und dem Gemeinderat wurden sodann auch die letzten Fragen geklärt. Im Namen der Finanzkommission kann ich Ihnen folgende Streichungs- oder Erhöhungsanträge unterbreiten:

021.308.00 Entschädigung für temporäre Arbeitskräfte

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Das Reglement über die Archivierung in Wettingen wird noch definitiv erstellt und mit dem Kanton auf die notwendigen Massnahmen abgeglichen. Allenfalls wird der Gemeinderat mit einer separaten Kreditvorlage an den Einwohnerrat gelangen. Der Gemeinderat ist mit der Streichung einverstanden.

Der Vorschlagskredit 021.308.00 "Entschädigungen für temp. Arbeitskräfte" (Fr. 40'000) sei zu streichen.

Marie-Louise Reinert: Wird dieses Thema ausserhalb der Budgetierung nochmals aufgenommen?

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Richtig.

Abstimmung

Der Finanzkommission-Antrag "Der Vorschlagskredit 021.308.00 "Entschädigungen für temp. Arbeitskräfte" (Fr. 40'000) sei zu streichen." wird mit 41 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

021.301.00 Löhne

Christian Wassmer: Im Namen der CVP-Fraktion möchte ich das Votum der Finanzkommission zu den Löhnen nochmals aufnehmen und Nachdruck verleihen. Der vom Bundesamt für Statistik errechnete Landesindex für Konsumentenpreise ist im September 2009 gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben und erreichte einen Stand von 103.1 Punkten. Im Dezember 2005 betrug er 100 Punkte. Innerhalb Jahresfrist ging die Teuerung um 0.9 % zurück. Verglichen mit einer ebenfalls rückläufigen Jahresrate von 0.8 % im August 2009. In der Presse waren unterschiedliche Zahlen zu den durchschnittlichen Lohnerhöhungen zu lesen. Allgemein kann festgehalten werden, dass die Erhöhungen allgemein sehr stark branchenabhängig ausfallen werden. Dabei gehen je nach Untersuchung 40 bis 45 % der Arbeitnehmer leer aus, müssen eine Kürzung in Kauf nehmen oder, noch schlimmer, müssen eine Kündigung annehmen. Unter diesem Aspekt der rückläufigen Teuerung würde eine Lohnerhöhung in der Bevölkerung ganz sicher nicht verstanden werden. Eine Erhöhung der Lohnsumme um 1 % erscheint in der gegenwärtigen Zeit hoch im Vergleich zur Wirtschaft. Wir können damit nur dann einverstanden sein, wenn keine generelle, sondern ausschliesslich individuelle und leistungsbezogene Lohnerhöhungen gewährt werden. Ausschliesslich Leistungsträger sollen profitieren, wobei der Anteil auf rund 40 % der Belegschaft limitiert werden soll. Generell ausgenommen werden sollen die Musikschullehrerinnen und -lehrer. Ich verweise hier auf das Konto 212.302.01, welches noch später ein Thema sein wird. Diese werden durch Pensenanpassung von 39 auf 29 Wochenstunden bei gleichem Lohn bereits 3.3 % besser fahren. Es ist mir durchaus bewusst, dass der Einwohnerrat nur über die Lohnsumme befinden kann. Die Festsetzung oder die Aufteilung der Lohnsumme auf den generellen oder leistungsbezogenen Anteil liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Wir möchten aber nicht die Katze im Sack kaufen, sondern fordern den Gemeinderat zu einer Stellungnahme zum Verzicht auf eine generelle Lohnerhöhung und ausschliessliche leistungsbezogene Erhöhungen auf.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat hat sicher ein gewisses Verständnis für dieses Anliegen. Gemäss Gemeindeordnung und Personalreglement ist es so, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat eine vorgesehene Gehaltsanpassung im Rahmen des Voranschlages beantragt. Der Gemeinderat macht seinen Antrag aufgrund seriöser Abklärungen. Man stellt Vergleiche mit anderen Gemeinden an, man schaut was sind die gesamtschweizerische Lohnanpassungen im Schnitt. Der Gemeinderat schaut, dass er im untersten Bereich dieser Vergleiche seine Anträge stellt. Wir können das Votum von Christian Wassmer heute sicher konsultativ entgegennehmen und dies in der Personalkommission diskutieren. Es geht aber aus rechtlichen Gründen nicht, dass der Einwohnerrat dies nun beschliesst. Das weitere Vorgehen: die Personalkommission wird dies prüfen und der Gemeinderat wird über die Erhöhung entscheiden. Ich möchte daran erinnern, dass in der Vergangenheit nicht immer alles voll ausgeschöpft wurde.

Thomas Bodmer: Auch in der SVP hat man Mühe mit dem hohen Wachstum der Lohnsumme, welches insbesondere wegen der Erhöhung des Stellenplans zu 6.5 % Mehrkosten führt. Es ist ja schon fast Tradition, dass die CVP uns vorwirft, Unwahrheiten zu verbreiten. Es wurde auch erwähnt, das Wachstum des Stellenplanes sei nicht so dramatisch. Dabei wurde wohl vergessen, dass einige Stellen neu durch den Kanton besoldet werden. Ich hätte den Wunsch, dass die Besoldungen der unteren Stellen mehr erhöht werden als die bereits gut besoldeten oberen Stellen.

Werner Hartmann: Christian Wassmer, sind die Krankenkassenprämien im Konsumentenindex enthalten? Ich glaube nicht. Die Leute haben aufgrund der neusten Erkenntnisse betreffend Krankenkassenprämienenerhöhung sicher nicht mehr Geld im Sack. Insbesondere diejenigen mit den nicht so hohen Einkommen werden auf die Welt kommen.

Christian Wassmer: Dafür hat der Arbeitnehmer der Gemeinde den Arbeitsplatz auf sicher, entgegen dem Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Auch bei diesen schlagen die Krankenkassenprämien auf.

Werner Hartmann: Es ist immer das gleiche Argument: Geht es der Wirtschaft gut, heisst es, wir geben keine Lohnerhöhung, sie haben ja den Arbeitsplatz auf sicher. Geht es der Wirtschaft schlecht, wendet man das gleiche Argument an. Das ist etwas fragwürdig. Natürlich gebe ich recht, es ist ein sicherer Arbeitsplatz. Man macht die Schwankungen an der Börse nicht mit.

025 Informatik

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Auf den ersten Blick mögen die Anträge der Finanzkommission erstaunen. Die Erklärung ist aber sehr simpel. Der Gemeinderat beabsichtigt, per Juli 2010 einen neuen Leiter IT als späteren Ersatz von Urs Juchli einzustellen. Dieser soll anschliessend seinen Stv. suchen und per 1. Dezember 2010 anstellen. Dabei plant der Gemeinderat, dass Urs Juchli seinen Nachfolger während 6 Monaten einarbeiten soll.

Eine grosse Mehrheit der Finanzkommission erachtet die Einarbeitungszeit von 6 Monaten als viel zu viel, geht vielmehr von effektiv 1 – 2 Monaten aus. Grosszügig wurde vorliegend sogar mit 3 Monaten argumentiert. Alleine diese Reduktion um 3 Monate hat eine Kürzung des Lohnbudgets von Fr. 37'500.00 zur Folge.

Wenn der neue IT-Leiter nun also nur während 3 Monaten eingearbeitet wird, d.h. per 1. Oktober 2010 angestellt wird, ist es nicht möglich, die Ausschreibung seines Stv. durchzuführen und diesen per 1. Dezember 2010 anzustellen, frühestens per 1. Januar 2011 oder eher später. Diese Überlegung hat nun zur Streichung der Stellenplanaufstockung um 100 % geführt, verbunden mit der Lohnreduktion eines Monats (Dezember) des Stv. von Fr. 8'000.00. Einher geht dabei die Streichung der Soziallasten im Betrage von total Fr. 7'000.00.

Letztlich führt der Gemeinderat aus, dass mit der Stellenaufstockung von 100 % Outsourcing-Kosten von Fr. 40'000.00 pro Jahr gespart werden könnten. Auch ohne Stellenaufstockung, aber mit der doppelten Besetzung des IT-Leiters, ist eine Reduktion möglich. Für die 3 Monate Doppelbesetzung können Fr. 10'000.00 beim Outsourcing gestrichen werden.

Fazit: In der Finanzkommission war unbestritten, dass die IT mit einem Stv verstärkt werden muss. Ob die effektive Aufstockung tatsächlich 100 % betragen muss, das war hingegen strittig. Auch dürfte die Stellenplanerhöhung ohnehin nur 90 % betragen, da die 10 % des heutigen Stv. Walter Allemann auch dazu gehören. Dies wurde vom Gemeinderat übersehen. Insgesamt ist also nicht die Stellenaufstockung in materieller Hinsicht von der Finanzkommission bestritten, sondern vielmehr die viel zu lange dauernde Einarbeitungszeit eines Profis durch einen Profi.

Der Stellenplan 2010 sei im Bereich Informatik (neuer IT-Leiter) um 100 % auf 110 % zu reduzieren.

Der Voranschlagskredit 025.301.00 "Löhne" sei um Fr. 45'500.00 (Leiter und Stellvertreter Informatik) auf Fr. 222'500.00 zu reduzieren.

Der Voranschlagskredit 0.25.315.02 "Software-Wartung inkl. Updates" sei um Fr. 10'000.00 (Einsparung Outsourcing) auf Fr. 261'800.00 zu reduzieren.

Der Voranschlagskredit 025.395.00 "Soziallasten" sei um Fr. 7'000 auf Fr. 54'000.00 zu reduzieren.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Die Informatik soll neu ausgerichtet werden, dies längerfristig, nicht nur 1 Jahr lang. Der Streichungsantrag denkt nur 1 Jahr weit. Das ist kein Vorwurf, dass man sich nicht mit dem Konzept auseinandergesetzt hätte. Es hat dazu geführt, dass man 3 Monate streicht und gar nicht über den Stellvertreter befindet. Dies erschwert aber die Umsetzung der Neusaurichtung der Informatik gemäss den Empfehlungen des Beraters. Die Empfehlungen kommen zum Schluss, dass Urs Juchli logischerweise ersetzt werden muss. Weiter kommt man zum Schluss, dass für den Stellvertreter 60 % angenommen werden müssen. Die 10 %, die Walter Allemann heute schon als Stellvertreter leistet, werden aufgerechnet. Man geht davon aus, dass alle IT-Aufgaben heute 170 % beinhalten. Weiter hat man im Rahmen der Überprüfung der Querschnittsaufgaben festgestellt, dass in den Abteilungen viele artfremde Sachen erledigt werden, u.a. auch viele im Informatikbereich. Der Gemeinderat hat den Abteilungsleitern den Auftrag gegeben zu erheben, wo was gemacht wird. Als Resultat kam man auf + 20 %, welche heute zusätzlich auf den Abteilungen an Informatikaufgaben erledigt werden. Da erfahrungsgemäss die Aufgaben in der Informatik zunehmen, hat man beschlossen, eine Erhöhung von 100 % zu beantragen. Nun kommt es gar nicht soweit, da die Finanzkommission die Stelle für den Stellvertreter gar noch nicht diskutieren will. Der neue Leiter soll im Oktober 2010 beginnen und im 2011 seinen Stellvertreter suchen. In diesem Fall kann der Gemeinderat aber keinen Nachfolger für Urs Juchli suchen. Wir wissen ja nicht, ob die Stelle für 2011 bewilligt wird. Der Streichungsantrag der Finanzkommission führt für den Gemeinderat zu einer Rechtsunsicherheit, welche uns eine Umsetzung der Empfehlungen gemäss Konzept verunmöglicht. Um den Stellvertreterposten zu besetzen, bräuchten wir einen verbindlichen Entscheid des Einwohnerrates für den einen Monat im 2010. Warum 6 Monate Einarbeitungszeit? Wir haben die empfohlene Variante gewählt "Der IT-Leiter wird zuerst besetzt" und erst danach der Stellvertreter. Wenn wir wollen, dass dies ab 2011 funktioniert, muss sich der neue IT-Leiter ab Juni 2010 einarbeiten können - dies dauert erfahrungsgemäss 3 Monate -, um danach den Stellvertreter suchen zu können. Würde der Leiter im September beginnen, müsste er sich gleichzeitig einarbeiten und den Stellvertreter suchen. Deshalb hat sich der Gemeinderat für die gewählte Variante entschieden. Der Gemeinderat würde sich, sollten Sie dem Antrag der Finanzkommission folgen, vorbehalten, Ihnen einen separaten Nachtragskredit zu unterbreiten. Wir brauchen die Rechtssicherheit um einen Stellvertreter zu suchen. Wir bitten Sie, den Anträgen nicht zu folgen.

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Wenn dem Antrag des Gemeinderates und nicht demjenigen der Finanzkommission gefolgt würde, dürfte die Stellenaufstockung insgesamt höchstens 90 % und nicht 100 % betragen. Beim Antrag des Gemeinderates geht es darum, künftig eine 100 %-Stelle für den IT-Leiter und eine 100 %-Stelle für den Stellvertreter zu haben. Wenn man nun den Stellenleiter anschaut, sieht es wie folgt aus: ein Projektleiter EDV 100 %, ein Projektleiter-Stv. EDV 10 %, ein neuer IT-Leiter ab Juli 2010 100 %. Meines Erachtens müsste es gemäss Gemeinderat heissen: ein Projekt-Leiter EDV 100 %, ein Projekt-Leiter EDV Stv. 100 %. Sonst nichts.

Werner Hartmann: Ich möchte das Votum des Gemeindeammannes unterstützen. Die grosse Mehrheit der Finanzkommission geht von einer falschen Annahme aus. Man meint, die Stelle ausschreiben zu können und per Oktober 2010 problemlos einen Profi zu finden. Dies ist in der Informatik nicht der Fall. Es ist schwierig in der Informatik, qualifizierte und kompetente Fachleute zu finden. Man findet schon, aber häufig sind sie nicht genügend qualifiziert. Fehlt in der Informatik das qualifizierte Personal, explodieren die Kosten. Ich empfehle dem Einwohnerrat, nicht beim Stellenplan zu sparen, sondern beim Konto 025.315.02, wo Sachen geoutsourcet werden. Ich würde eher diesen Betrag erhöhen, wenn man Einsparungen machen möchte. Ich würde auch nicht festlegen, dass für den Stellvertreter 100 % ausgeschrieben werden. Vielleicht findet man eine qualifizierte Personen, die bereit ist, auch 80 % zu arbeiten. In der Informatik kann man nicht mit Prozentsätzen rechnen, sondern mit Qualifikationen. Wenn streichen, dann beim Konto für die allgemeinen Ausgaben. Die Informatik der Gemeinde Wettingen ist nicht mit dem PC zu Hause zu vergleichen. Da hängen noch andere Systeme dran, z.B. EWW, Steuern. Dazu braucht es Profis.

Holger Czerwenka: Wir erachten die IT-Abteilung nicht als Selbstzweck, sondern als Dienstleistungs- und Supportprozess der Gemeinde. Wir sind gegen die Streichungsanträge der Finanzkommission. IT funktioniert nur, wenn man nicht merkt, dass man sie hat. Funktioniert sie nicht mehr, dann hat man Probleme. Die Gemeinde Wettingen mit den zugehörigen Betrieben ist ein modernes Dienstleistungszentrum, das nur mit einer gut funktionierenden EDV funktioniert. Man muss dem Gemeinderat freie Hand geben, das Konzept 2011 umzusetzen. Ich plädiere gegen die Annahme des Streichungsantrages.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Man kann den Outsourcing-Antrag in Betracht ziehen. Die externen Wartungskosten könnten um Fr. 40'000.00 reduziert werden. Die Wartungskosten könnten auf ca. Fr. 120'000.00 reduziert werden.

Thomas Bodmer: Ich denke, dass man den Antrag der Finanzkommission unterstützen sollte. Es kann nicht sein, dass man, wie die Grünen wünschen, den Stellenplan maximieren. Ich bin nicht überzeugt, dass Anstellungen immer günstiger sind als Outsourcing. Es gibt nun mal einfach Software und Problemstellungen, bei denen man einen externen Spezialist beiziehen muss. Dazu braucht man aber auch den entsprechenden Freiraum. Der Trend in der Gemeinde Wettingen ist nicht gesund. Es fängt damit an, dass man nicht fähig ist, die Ferien und Überzeitguthaben der Mitarbeiter zu überprüfen, sondern kurz vor der Pension muss man ein Jahr an Guthaben gewähren. Später kann man den Stellenplan immer noch aufblähen. Ich denke aber eher nicht, dass dies nötig sein wird. Überall sinken die Kosten für die IT. Früher betreute 1 Person noch 20 PC, heute spricht man von 40 PC, die von einer Person gewartet werden. Ich kenne einige Betriebe, die eine gut funktionierende Informatik haben, die von 1 Person betreut wird. Ich bitte Sie, den Finanzkommission-Antrag zu unterstützen.

Hartmann Werner: Ich habe den einzelnen Fraktionen mitgeteilt, dass ca. 60 bis 80 PC einem 100 %-Pensum entsprechen. In der Gemeinde Wettingen hat man ca. 140 PC. Man liegt also absolut im Bereich wie andere Unternehmungen. Ich hätte gerne in der Finanzkommission-Sitzung meine Argumentation eingebracht. Ich war an einer Informatiktagung und deshalb an der Teilnahme leider verhindert.

Thomas Meier: Ich denke, wir sind uns inhaltlich in ganz vielen Dingen einig. Selbstverständlich ist IT auf der Gemeinde sehr wichtig. Wir benötigen eine top qualifizierte neue Person. Wir sind in 2 Punkten nicht einig: Vorgehen (Zeitplan), Konsequenzen. Uns stört die lange Einarbeitungszeit von 6 Monaten in einer Chefposition. Ich kann mir das nicht vorstellen. Ich würde mich dumm fühlen, 6 Monate jemandem hinterher laufen zu müssen. Ich würde mich gar fragen, ob dies ein Job für mich wäre. Man muss doch dem neuen Stelleninhaber etwas zutrauen. Als neuer Stelleninhaber gäbe es mir ein schlechtes Gefühl. Mit der durch die Finanzkommission vorgeschlagenen Einarbeitungszeit von 3 Monaten können wir leben, obwohl es uns noch immer etwas viel dunkelt. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man diese 3 Monate umsetzen möchte. Gemäss Streichungsantrag ist es folgende Variante: Der jetzige Stelleninhaber möchte auf 31.12.2010 aufhören, so ist der neue Stellenleiter auf 1. Oktober 2010 einzustellen. In dieser Zeit wäre der Auftrag sicherlich Einarbeiten, Pendenzenübernahme und Suche des Stellvertreters. Es ist sicher richtig, zuerst den Chef einzustellen und dann den Stv. zu suchen. Die Aufstockung ist unbestritten. Betreffend Rechtssicherheit: Vom Gemeinderat hören wir öfters "Hier müssen Sie Vertrauen haben, das können wir nicht auf dem Papier regeln." Wenn die Aufstockung hier im Rat unbestritten ist, muss ich dem Gemeinderat einfach sagen, dass er nun Vertrauen in den Rat haben muss, dass er im nächsten Budget die Aufstockung bewilligt. Die juristische Antwort wird sein: Mit dieser Rechtsunsicherheit können wir keine Leute anstellen. Die Chefposition können wir ganz sicher besetzen. Er trifft die gleiche Ausgangslage an wie sie heute ist. Man kann sagen, wenn es dieser Person zu unsicher ist, die Stelle anzutreten, weil noch nicht 100 %ig sicher ist, eine Stellvertretung zu erhalten, muss sie damit leben können. Ich finde es nicht unbedingt besser, wenn man den Chef früher anstellt. Ich denke, je länger man Zeit hat, um die Auswahl zu treffen, desto eher bekommt man die richtige Person. Auf den 1. Juli jemanden anzustellen mit der Meinung, diese dann wieder auswechseln zu können, sollte sie nicht die richtige Person sein, kann ich nicht nachvollziehen. Wir gehen kein Risiko ein, wir stellen nichts in Frage. Es geht nur um die Kürzung von 3 Monaten Einarbeitung des IT-Leiters und 1 Monat Einstellung des Stv. Wir wollen 4 Monatslöhne sparen, es geht nicht um riesige Sparübungen.

Joseph Wetzel: Man darf die Notwendigkeit der Einarbeitungszeit nicht unterschätzen. Ich würde die 6 Monate stehen lassen. Es gibt Projekte in der Grossindustrie, in denen Projektleiter 1 Jahr eingearbeitet werden. Schauen Sie die 6 Monate Einarbeitungszeit nicht als unrealistisch an.

Andreas Rufener: Wir sind uns einig, dass wir 2 Informatiker mit vollen Pensen brauchen, damit die Aufgaben richtig wahrgenommen werden können. Ich verstehe nicht, weshalb Sie meinen, dass es besser ist, die beiden erst 3 Monate später zu haben als schon Mitte nächstes Jahr. Mit dem jetzigen Stelleninhaber haben wir die 200 Stellenprozente bereits Mitte Jahr. Das ist ein Vorteil für uns. Sie dürfen dies nicht als unproduktive Zeit ansehen, sondern die beiden arbeiten parallel. Wir haben dann das, was alle gerne hätten und befürworten: nämlich dass 2 voll angestellte Personen für die EDV schauen. Und dies bereits ab Mitte Jahr. Ich würde beliebt machen, den Gemeinderatsvorschlag umzusetzen, um möglichst bald auf 2 Stellen zu kommen.

Marie-Louise Reinert: Zu 2 Wörtern: Herr Bodmer sagte, die Aufgabe sei Wartung, der Gemeindeammann sagte Neuausrichtung. Hier bestehen wohl Unterschiede in der

Vorstellung, was die Aufgabe ist. Es ist nicht nur Wartung und Flicken, sondern es sind grössere Aufgaben.

Scherer Kleiner Leo: Wenn ich von etwas sicher nichts verstehe, dann ist es von Computern. Deshalb muss ich mich auf die Aussagen der fachkundigen Personen stützen. Ich höre, dass dem Gemeinderat ein entsprechender ausführlicher Bericht eines Beratungsunternehmens vorliegt. Dann nehme ich das entgegen und ist für mich erledigt. Ich stimme dem zu. Ich glaube, wir sind im Kollektiv nicht kompetent, einen solchen fachlichen Vorschlag aus irgendeinem Antrieb heraus zu verbessern – oder zu verschlechtern.

Patrick Bürgi: Dies ist meine persönliche Meinung. Es geht nicht um die Doppelbesetzung der IT-Leiter Stelle, wie dies vorhin Andreas Rufener gesagt hat. Der Gemeinderat sieht klar eine Einarbeitungszeit des neuen Leiters ab Juli vor und ab Dezember den Stellvertreter einzustellen. Ich weiss nicht, ob die Argumentation der Finanzkommission wirklich verstanden worden ist. Ich möchte betonen: der Stellvertreter an und für sich ist unbestritten, aber es ist sehr wohl bestritten, dass ein Stellvertreter ein Pensum von 100 % haben soll. Der Bericht des Beratungsunternehmens ist sehr umfassend. Er geht dabei grundsätzlich von einem Stellvertreter-Pensum von 60 % aus. Dazu kommt das Pensum von Walter Allemann (10 %), gibt 70 %, und nachher hat der Gemeinderat verschiedene Ämtli zusammengefasst (20 %). So kommt man auf 90 %. Wenn der Gemeinderat heute Planungssicherheit geltend macht, dann habe ich dafür sehr viel Verständnis. Ich verstehe dies. In der Finanzkommission haben wir die Stellenplanerhöhung andiskutiert. Hier gibt es durchaus auch Stimmen für 70 oder 80 %. Heute kann ich nicht entscheiden, wieviele Prozente es sein sollen. Ich bin der Auffassung, dass 100 % zuviel sind. Ich persönlich finde, es ist richtig, heute dem Finanzkommission-Antrag zu stimmen. Nicht aus Prinzip oder zum Zwängeln, sondern weil ich der Auffassung bin, dies soll von Grund aus überarbeitet werden. Ich möchte den Gemeinderat nicht bemühen, einen Nachtragskredit vorzulegen. Aber ich bin der Auffassung, dass dann ein konkreter Bericht vorliegt und sich alle damit im Detail auseinandersetzen können. Dies ist im Rahmen des Budgetprozesses nicht möglich. Ich bitte Sie, dem Finanzkommission-Antrag zu folgen mit dem Wissen, dass wir uns im Detail um die Stellvertreter-Stelle unterhalten werden müssen. Es geht nicht darum, die Stellvertreter-Stelle zu bestreiten, sondern nur darum, dass die 6 Monate Einarbeitungszeit zu viel sind. Ein wirklich treffendes Argument dafür habe ich bis jetzt noch nicht gehört.

Werner Hartmann: Ich möchte noch das Argument liefern, weshalb 6 Monate Einarbeitungszeit sinnvoll sind. In der Gemeinde Wettingen wird Spezialsoftware eingesetzt. Man findet nicht viele Personen auf dem Markt, welche diese schon kennen. Dies ist in anderen Bereichen anders, z.B. im Bereich Office. Die Gemeinden haben Spezialsoftware im Steuerbereich, beim EW etc. Diese sind sehr komplex. Die Chance ist klein, dass man jemanden findet, der auf einer grossen Gemeinde bereits Erfahrungen hat mit den gleichen Software. Man kommt in eine Umgebung, in die man sich vollständig neu einarbeiten muss. Ich würde eher auf Sicherheit setzen und 6 Monate Einarbeitung wählen und dafür beim Konto 025.315.02 sparen. Man kann auch dem Gemeinderat sagen, dass er im Zusammenhang mit der Stellenerhöhung in diesem Konto Einsparungen machen soll. Ich würde nicht die Stelle in Frage stellen, sondern unternehmerisch denken. Vielleicht könnte man den Gemeinderat dazu motivieren, je mehr Stellen vergeben werden, umso mehr nimmt das Konto 025.315.02 ab.

Pius Benz: Ich glaube, die Meinungen sind gemacht und stelle deshalb den Antrag auf Abstimmung.

Hermann Steiner, Präsident: Ich möchte Werner Hartmann fragen, ob er zum dritten Punkt einen Antrag stellen möchte.

Werner Hartmann: Wir haben den Antrag damit gekoppelt, dass man mit den Stellen zurückgeht. Ich schlage vor, dass man den Posten 025.315.02 separat am Schluss behandelt. Insgesamt soll dieser Posten gegenüber dem Gemeinderatsvorschlag um Fr. 30'000.00 reduziert werden.

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Zuerst geht es um die 100 %. Werden diese gestrichen, kann Werner Hartmann seinen Antrag zurückziehen.

Werner Hartmann,: Das ist richtig.

Abstimmung

Der Finanzkommission-Antrag "Der Stellenplan 2010 sei im Bereich Informatik (neuer IT-Leiter) um 100 % auf 110 % zu reduzieren." wird mit 27 : 16 Stimmen, bei 0 Enthaltungen, angenommen.

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 025.301.00 "Löhne" sei um Fr. 45'500.00 (Leiter und Stellvertreter Informatik) auf Fr. 222'500.00 zu reduzieren." wird mit 27 : 16 Stimmen, bei 0 Enthaltungen, angenommen.

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 0.25.315.02 "Software-Wartung inkl. Updates" sei um Fr. 10'000.00 (Einsparung Outsourcing) auf Fr. 261'800.00 zu reduzieren." wird mit 27 : 16 Stimmen, bei 0 Enthaltungen, angenommen.

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 025.395.00 "Soziallasten" sei um Fr. 7'000 auf Fr. 54'000.00 zu reduzieren." wird mit 36 : 0 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, angenommen.

090.311.00 Anschaffung Mobilien

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Im Zusammenhang mit der Neumöblierung eines Büros der Bau und Planung hat sich auch die Frage der Neumöblierung des Zimmers 208 (Sitzungszimmer Gemeindeammann) gestellt. Nebst dem Umstand, dass der Mitarbeiter der Bau- und Planungsabteilung keinen Handlungsbedarf sieht, will der Gemeinderat mit einer Evaluation den Ersatz und die Repräsentation des Zimmer 208 gesamthaft prüfen. In diesem Sinne ist der Gemeinderat mit der vorgeschlagenen Streichung einverstanden.

Der Voranschlagskredit 090.311.00 "Anschaffung Mobilien" sei um Fr. 23'460.00 (Büromobiliar Sitzungszimmer 208) auf Fr. 10'500.00 zu reduzieren.

Abstimmung

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 090.311.00 "Anschaffung Mobilien" sei um Fr. 23'460.00 (Büromobiliar Sitzungszimmer 208) auf Fr. 10'500.00 zu reduzieren." wird mit 38 : 0 , bei 5 Enthaltungen, angenommen.

091.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Joseph Wetzel: Es geht um die Sanierung des Gluri Suter-Hauses. Von dieser Sanierung wird zwar immer gesprochen, trotzdem tut sich nichts. Dies ist bedauerlich, denn dieses Gebäude muss, was den Verbrauch von Heizenergie angeht, auf einen vertretbaren Stand gebracht werden. An der letzten Einwohnerratssitzung hat Gemeinderat Roland Kuster im Zusammenhang mit der Beantwortung eines Postulates zum Strompreis zu unserer Erleichterung den Einsatz einer Elektroheizung als nicht mehr zeitgemäss bezeichnet. Das heisst, die Gemeinde Wettingen sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb hätten wir den Betrag für diese Sanierung im Budget erwartet. Der Gemeindeammann hat kurz angetönt, dass dies nicht so ist. Wir bitten, dass dies angegangen wird, da jetzt wieder mindestens 1 Jahr Heizenergie verschwendet wird. Auch uns ist klar, dass diese Sanierung nicht gemacht werden kann ohne Vorstellungen wie das Gluri Suter-Haus zu betreiben ist. Wir erwarten vom Gemeinderat vor Erstellung des nächsten Budgets, dass er deutlich weiter vorangekommen ist. Wir erwarten ein Konzept, das zur Beseitigung der Heizungssünde beiträgt.

Gemeinderat Daniel Huser: Der Budgetposten ging nicht vergessen. Die Idee des Gemeinderates ist, dass er im Rahmen der Legislaturziele die Erneuerung der Heizung festlegen und dann auch in der nächsten Legislatur entsprechend umsetzen wird. Klar ist, dass wir zuerst über die Nutzung Klarheit brauchen. Es macht sonst keinen Sinn, die Heizung zu ersetzen.

1. Öffentliche Sicherheit

140.311.02 Fahrzeuganschaffung

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Kontrovers zeigte sich die Diskussion in der Finanzkommission über die Frage der Neuanschaffung eines Personentransportfahrzeugs der Feuerwehr. Dieses wird schwerpunktmässig für Personentransporte bei Übungen und Einsätzen sowie als Stabs- und Einsatzleiterfahrzeug eingesetzt. Aktuell können 14 Personen transportiert werden. Gemäss den neuen gesetzlichen Vorgaben muss das Fahrzeug mit Gurten nachgerüstet werden (Beckengurten; Dreipunktgurten sind nicht möglich).

Der Gemeinderat liess bereits im Vorfeld verlauten, dass mit einer Streichung der Neuanschaffung gelebt werden könne. In der Folge war es die Finanzkommission, welche den Gemeinderat aufforderte, Stellung zu nehmen, ob mit dem Einbau der Beckengurten ein Sicherheitsrisiko entstehen würde. Erst ab jenem Moment war das Thema Sicherheit auf dem Tisch, vorher wurde es nie diskutiert. Selbst im Schreiben des Feuerwehrkommandanten vom 2. Juni 2009 an den Gemeinderat wird als Hauptargument angeführt, ohne Umrüstung könnten nur noch 3 Personen transportiert werden und damit sei die geforderte Einsatzbereitschaft nicht mehr gewährleistet. Es ist davon auszugehen, dass bereits der Feuerwehrkommandant von sich aus auf allfällige Sicherheitsrisiken aufmerksam gemacht hätte, würden solche tatsächlich bestehen.

Hinzu kamen aber auch diverse Widersprüche zwischen den Ausführungen des Feuerwehrkommandanten und des Gemeinderates. Während im erwähnten Schreiben Riolo vom 2. Juni 2009 die Nachrüstung Fr. 8'200 und der Unterhalt Fr. 4'000 kosten soll, führte der Gemeinderat die Umrüstung mit Fr. 7'400 und die Reparaturen mit Fr. 10'000.00 an. An der gemeinsamen Sitzung war gar von allenfalls Fr. 20'000 die Rede. Unverständlich! Weiter können gemäss Schreiben Riolo 11 Personen

transportiert werden, gemäss Antwort des Gemeinderates nur 9 Personen. Zur Glaubwürdigkeit tragen solche Widersprüche nicht bei.

Der Bedarf der Neuanschaffung ist für eine grosse Mehrheit der Finanzkommission nicht ausgewiesen. Hinzu kommt, dass bereits im Budget 2009 die Umrüstung des Personentransporters und des Puchs vorgesehen sind, also offenbar bereits damals waren die heute aufgeworfenen Fragen (Sicherheit, Einsatzbereitschaft, etc.) kein Thema. Im Budget 2010 ist damit die Fahrzeuganschaffung von Fr. 120'000 sowie der Ertrag der Subvention, welche vom Kanton bezahlt worden wäre, von Fr. 30'000 zu streichen. Nach der Umrüstung wird die Feuerwehr das Fahrzeug als Personentransporter weiter benutzen können, eingeschränkt auf 9 – 11 Personen.

Der Voranschlagskredit 140.311.02 "Fahrzeuganschaffung" sei zu streichen (Fr. 120'000).

Der Voranschlagskredit 140.461.00 "Beiträge aarg. Versicherungsamt" sei um Fr. 30'000.00 (Subvention Fahrzeug) auf Fr. 31'000.00 zu streichen.

Yvonne Vogel: Ich hatte keine Kenntnis über das Votum der Finanzkommission. Ich versuche aber trotzdem, Sie davon zu überzeugen, dass die Anschaffung von einem neuen Fahrzeug sinnvoll wäre. Mit der von der Finanzkommission vorgeschlagenen Streichung dieses Budgetpostens kann sich die FDP grossmehrheitlich nicht einverstanden erklären. Da sehen wir – um in der Farbe der Feuerwehr zu sprechen – rot!

Um die minimalsten Sicherheitsvorschriften erfüllen zu können, müssten am bestehenden 20-jährigen Personentransportfahrzeug der Feuerwehr Wettingen diverse Umrüstungen vorgenommen werden. Zum einen sind dies die Installation von Sicherheitsgurten, nötige Vorrichtungen zur Sicherung des Materials sowie die Sicherung der seitlichen Schiebetüre. Zusätzlich zu diesen Investitionen kommen auch noch dringend notwendige Reparaturen und bei einem Fahrzeug in dieser Alterskategorie ist sicher auch in den nächsten Jahren noch mit weiteren Unterhaltsarbeiten zu rechnen.

Die vorgesehenen Beckengurte entsprechen zwar den Sicherheitsvorschriften, erfüllen aber bestimmt nicht den hohen Sicherheitsstandard von Dreipunktgurten.

Auch wenn man diesen Mangel vielleicht noch akzeptieren könnte, bringt die Umrüstung mit Gurten einen erheblichen Nachteil mit sich, den man nicht unterschätzen darf. Durch die Installation der Gurten wird sich das vorhandene Sitzplatzangebot von zur Zeit 14 Plätzen auf 9 verringern. Das heisst, dass im Ernstfall pro Fahrt 5 Personen weniger an den Brandherd geführt werden können und sich die Hilfsaktionen mangels Personal zeitlich verzögern würden. Aus Erfahrung weiss man, dass beim Ausbruch eines Feuers jede Minute zählt und nur schnelles Handeln die Chance vergrössert, menschliche und materielle Schäden in Grenzen zu halten.

Die Anschaffung eines neuen, nach heutigen Sicherheitsstandards ausgerüsteten Personentransportfahrzeugs ermöglicht den sicheren Transport von 15 Feuerwehrleuten. Im Interesse der Wettinger Bevölkerung und für die Gewährleistung der grösstmöglichen Sicherheit unserer Einwohner unterstützen wir von der FDP den gemeinderätlichen Voranschlagskredit von Fr. 120'000.00. Dieser Betrag vermindert sich zudem durch die Subvention der Aarg. Gebäudeversicherung in der Höhe von Fr. 30'000.00. In Anbetracht des Umstandes, dass das aktuelle Fahrzeug nun doch schon 20 Jahre auf dem „Buckel“ hat und in absehbarer Zeit ohnehin ersetzt werden müsste, investieren wir doch lieber in ein neues, sicherheitstaugliches Fahrzeug, das

den Wettinger Feuerwehrleuten und unserer Bevölkerung ein grösstmögliches Mass an Sicherheit bietet.

Wir appellieren an den gesunden Menschenverstand und bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ebenfalls dem gemeinderätlichen Vorschlag zuzustimmen.

Andreas Rufener: Die Fraktion EVP/Forum 5430 unterstützt auch den Kauf eines neuen Fahrzeuges, da die Blaulichtfahrten ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Die Stadtpolizei Zürich schreibt jedes Jahr ein Fahrzeug durch Unfall während Blaulichteinsatzes ab. Die Feuerwehrleute, welche durch Dreipunktegurten gesichert sind, haben eine wesentlich verbesserte Überlebenschance. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission nicht zu unterstützen.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Patrick Bürgi, Sie haben von mehreren Widersprüchen gesprochen. Ich möchte dies rekapitulieren. Die Feuerwehr hat dieses Auto in der Langzeitplanung. Das ist eine interne Planung, um zu wissen, wann ist welches Fahrzeug zu ersetzen. Dies im Wissen, dass es erst ab Fr. 150'000.00 Investitionen auch in die Langzeitplanung des Gemeinderates kommt. Wir haben im Jahr 2007 gewusst, dass wir die Umrüstung im 2008 für das Budget 2009 vorsehen müssen. Wir haben gewusst, dass zusätzliche Gurten angebracht werden müssen. Wir haben aber im Zeitpunkt der Budgetierung (Februar/März) nicht gewusst, dass es dann nicht mehr für 11 sondern nur noch für 9 Personen genügt. Diese Zahl stimmt, denn sie wurde nochmals redigiert zwischen dem ersten Brief des Kommandanten und August, als wir die neusten Hinweise erhielten. Dort hat es vom Strassenverkehramt klar geheissen: 9 Personen inkl. Fahrer haben Platz. Das heisst, es haben 8 Feuerwehrmänner im Fahrzeug Platz. Sie müssen sich den Transporter als Shuttle vorstellen. Man verfügt über 4 Fahrzeuge. Das Tanklöschfahrzeug: dort haben 8 Personen Platz. Dieses wird als erstes gefüllt nach dem Alarm. Dann hat man das TIF (Pionier- und Atemschutzfahrzeug): hier haben 4 Personen Platz. Dann der Hubretter und schliesslich der Transporter, mit welchem bis jetzt 13 Feuerwehrleute (ohne Fahrer) Platz hatten. Sie müssen sich vorstellen, in den ersten 10 Minuten des Alarms gehen diese Fahrzeuge raus. Sie können bei einem Grossbrand selber berechnen, wie viele Male der Shuttle hin und her fahren muss, um die über 80 Mann an den Brandort zu bringen. Um eine Leiter aufzustellen, braucht es unter Umständen 5 Feuerwehrmänner. Sagen Sie mir, woher wir die nötigen Leute nehmen sollen, wenn wir mit dem Shuttle nur noch 8 Personen transportieren können. Das Dispositiv der Feuerwehr Wettingen lautet: Alle Feuerwehrmänner müssen zuerst ins Magazin. Dort haben auch die meisten ihre Uniform. Dann strebt man zu den Fahrzeugen. Ich möchte mir nie vorwerfen müssen, dass wir zwar das Material vor Ort, aber keine Feuerwehrmänner einsatzbereit haben. Ich möchte darauf zurückkommen, dass die Finanzkommission gesagt hat, es sei nicht entscheidend, ob 3 bis 5 Männer mehr oder weniger auf einmal transportiert werden. Das ist ein Schlag ins Gesicht eines jeden Feuerwehrmannes. Sie sind diejenigen, die 365 Tage im Jahr und Nächte parat sind. Es ist eine Tatsache: uns fehlen Leute, wenn es "um die Wurst" geht. Es ist ein Blödsinn, so etwas zu sagen. Ich sehe feuerrot, wenn man dieses Fahrzeug ablehnt. Wir wissen, in der nächsten Zeit muss ein neues Fahrzeug angeschafft werden. Wir können heute das Fahrzeug ablehnen, dann werden wir Morgen das Fahrzeug mit den Beckengurten aufrüsten und haben nur noch Platz für 9 Männer. Wie gesagt, im entscheidenden Moment würden uns aber Leute fehlen. In 2 oder 3 Jahren werden wir trotzdem mit einem Antrag an Sie gelangen. Ob wir dann immer noch Fr. 120'000.00 oder vielleicht auch mehr bezahlen, weiss ich nicht. Ich möchte Sie nicht nur für Feuerwehr, sondern auch für die Bevölkerung bitten, dem Antrag der Finanzkommission nicht zu folgen. Wir haben eine gute Ausrüstung. Es kann nicht sein, dass wir genau an diesem Auto sparen. Der Hubretter, welcher 1 Mio. Franken gekostet hat, wurde auch bewilligt und wir haben keine Subvention erhalten.

Thomas Meier: Man sollte nicht auf ein totes Ross sitzen. Dies ist garantiert ein totes Ross, denn man weiss ja genau, wie schlussendlich die Abstimmung herauskommen wird. Trotzdem sollte man zu seiner Meinung stehen können. In der CVP haben wir uns viele Gedanken gemacht. Nach solchen Voten ist es fast unmöglich, einen Streichungsantrag zu unterstützen. Selbstverständlich ist uns die Sicherheit der Bevölkerung und der Feuerwehrmänner wichtig. Es wäre ja politischer Selbstmord, wenn ich bei der heutigen grossen Beteiligung der Feuerwehr auf den Zuschauerrängen ein grosses Votum halten würde zu Gunsten der Streichung. Ein Punkt dünkt mich aber sehr wichtig. Dieser wird in dieser emotionalen Debatte auf der Seite gelassen: Genau vor einem Jahr war während der Budgetberatung von all diesen Argumenten keine Rede. Genau vor einem Jahr war der gleiche Gemeinderat mit der gleichen Gemeinderatsvertreterin und der gleichen Feuerwehrbeteiligung der Meinung, dass es richtig sei, dieses Fahrzeug so umzurüsten. Dieser Posten war im Budget 2009 enthalten und wurde bewilligt. Vor einem Jahr hatte man genau die gleichen Sicherheitsansprüche wie heute, es hat sich nichts verändert. Man brauchte genau gleich viel Leute am Brandplatz wie heute. Vielleicht meinte man noch, es könnten 11 Feuerwehrmänner transportiert werden, jetzt sind es nur noch 9. Das kann sein. Es ist aber einfach so: Was vor einem Jahr noch kein Thema war, wird heute sehr sehr stark betont. Selbstverständlich will hier niemand für einen Abstrich in Sachen Sicherheit verantwortlich sein. Aber ganz so einfach kann man es sich nicht machen, den schwarzen Peter der Finanzkommission und den Befürwortern des Finanzkommissions-Antrages zuzuschieben. Man kann aus diesen Überlegungen durchaus für den Streichungsantrag sein, mit der Überzeugung, dass man keine Abstriche an der Sicherheit weder für die Bevölkerung noch für die Feuerwehrmänner macht. Selbstverständlich wird es bei diesen Argumenten sehr schwierig sein, eine Mehrheit zu finden. Von der CVP wird eine grosse Mehrheit den Streichungsantrag unterstützen. Es dünkt einem schon komisch, wenn innerhalb von einem Jahr alles total anders aussieht. Weiter ist der Budgetprozess unsauber abgelaufen. Bereits in anderen Ressorts wurde in gleichen Fällen gesagt, es ist nicht möglich, erst nächstes Jahr. Hier kann man es aber nicht auf nächstes Jahr verschieben, weil man das Fahrzeug bis Ende Jahr umrüsten muss. Deshalb sagen wir: umrüsten. Wir haben die Umrüstung schon vor einem Jahr für richtig befunden. Wahrscheinlich alle hier, denn es hat keine Diskussion stattgefunden. Ich finde es heute noch eine passable Lösung. Es wird aber ziemlich sicher eine Mehrheit geben, die den Streichungsantrag fallen lässt. Die CVP ist aber immer noch grossmehrheitlich dafür, dass man den Streichungsantrag unterstützt.

Pius Benz: Die Fraktion der SVP hat sich eingehend dem Problem angenommen. Wir haben eine längere Diskussion geführt. Christoph Riolo ist vorbeigekommen und hat seine Argumente dargelegt. Wir sind grossmehrheitlich zur Überzeugung gelangt, dass es sinnvoll ist, ein neues Fahrzeug anzuschaffen. Wir haben aber Mühe mit den Fr. 120'000.00. Es ist eigentlich unwahrscheinlich, dass Militär- und Feuerwehrmaterial, nur weil es einen Stempel haben muss, mindestens 1/3 mehr kostet als in der Privatwirtschaft. Wir möchten von Seiten der SVP-Fraktion den Antrag stellen, den Betrag um Fr. 20'000.00 zu reduzieren. Mit einem gewissen Verhandlungsgeschick kann man sicher noch etwas herausholen. Der vorgesehene Lieferant ist sicher daran interessiert, das Fahrzeug zu verkaufen, und wird mit dem Verkaufspreis entgegenkommen. Der Antrag lautet: Kürzung um Fr. 20'000.00 auf Fr. 100'000.00. Wir stellen Antrag auf Zustimmung.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Es macht den Anschein, dass die Feuerwehr wohl ein "Sündeliverein" ist, die den Kaufpreis Handgelenk mal Pi berechnet. Man hat eine Beschaffungskommission, die eine minutiöse Evaluation vorgenommen hat. Die Beschaffungskommission besteht aus dem Kommandanten, Vizekommandanten, aus den beiden Piquettchefs und dem Materialwart, der die Feuerwehrauto bis ins Detail

kennt und dadurch genau weiss, was es alles braucht. Die Fr. 120'000.00 wurden nicht an den Haaren herbeigezogen, sondern evaluiert. Man hat zwei sehr umfangreiche und detaillierte Offerten erhalten. Die Finanzkommission hätte die Möglichkeit gehabt, diese Unterlagen zur Einsicht anzufordern. Dies war nicht der Fall. Auch wurden mir keine Fragen dazu gestellt. Ich habe der Finanzkommission die gleichen Ausführungen gemacht wie Ihnen. Der Vorwurf des komischen Vorgehens beim Budgetieren lasse ich nicht auf mir sitzen. Wir haben letztes Jahr keinen separaten Budgetposten dafür gehabt, es war im Sammelkonto enthalten. Pro Gurt wurden Fr. 700.00 berechnet. Die verschiedenen Zahlen sind entstanden, weil wir verschiedene Rechnungen anstellen mussten. Die Fr. 120'000.00 stammen aus einer erhaltenen Offerte und sind ein Kostendach. Der normale Prozess ist, jetzt eine 2. Offerte einzuholen von einer anderen Firma. Dann entscheidet der Gemeinderat.

Thomas Bodmer: Sie haben den Antrag der SVP nicht richtig verstanden. Die Stimmung hier könnte sein, dass es möglicherweise eine Mehrheit für den Finanzkommission-Antrag geben könnte. Die SVP macht diesen Antrag, weil sie für die Feuerwehr das Fahrzeug retten möchte. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, würde die Mehrheit der Fraktion wohl den Antrag der Finanzkommission, die sehr gute Argumente vorgebracht hat, unterstützen.

Hermann Steiner, Präsident: Gibt es weitere Voten? - Pius Benz, möchten Sie den Antrag stellen? Wie heisst dieser genau?

Pius Benz: Reduktion um Fr. 20'000.00 auf Fr. 100'000.00.

Hermann Steiner, Präsident: Ich werde den SVP-Antrag dem Finanzkommission-Antrag gegenüberstellen und den obsiegenden Antrag dann abstimmen.

Pius Benz: Nein, man muss zuerst die Fr. 120'000.00 den Fr. 100'000.00 gegenüberstellen.

Hermann Steiner, Präsident: Ja, das mache ich ja. Den SVP-Antrag von Fr. 100'000.00 stelle ich dem Finanzkommission-Antrag gegenüber mit dem um Fr. 120'000.00 reduziert werden soll.

Ich präzisiere: Es geht um die Grundsatzfrage, ob man einen Streichungsantrag unterstützt oder ob man das bestehende Fahrzeug umrüsten will.

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Wenn ich einen Input geben darf und der SVP folgenden Hinweis: Ich möchte der SVP vorschlagen, mit ihrem Antrag zu warten, bis die Grundsatzfrage entschieden ist: Fahrzeuganschaffung ja oder nein. Wir sind im Budgetprozess und nicht einer klassischen Gegenüberstellung. Fahrzeuganschaffung ja oder nein. Wenn der Finanzkommission-Antrag abgelehnt wird, dann, habe ich das Gefühl, ist der richtige Zeitpunkt gekommen um zu sagen, Fr. 120'000.00 sind zu viel, es soll auf Fr. 100'000.00 reduziert werden. Wird der Finanzkommission-Antrag gutgeheissen, erübrigt sich der SVP-Antrag.

Hermann Steiner, Präsident: Ok. Sind Sie einverstanden? Gegen dieses Vorgehen wird nicht opponiert.

Wer den Finanzkommission-Antrag unterstützt, dass die Fahrzeuganschaffung gestrichen wird, soll sich jetzt vom Platz erheben.

Im Hintergrund sagt Thomas Bodmer: Jetzt müsst ihr aufstehen.

Auszählung

Hermann Steiner, Präsident: Wer ist gegen den Finanzkommission-Antrag für die Streichung der Fahrzeuganschaffung?

Auszählung

Hermann Steiner, Präsident: Gibt es Enthaltungen? Bitte aufstehen.

Auszählung

Hermann Steiner, Präsident: Sie haben dem Streichungsantrag der Fahrzeuganschaffung zugestimmt mit 16 Ja, 13 Nein und 14 Enthaltungen. Das war die Grundsatzfrage.

Pius Benz: Wann wird jetzt über meinen Antrag abgestimmt? Man hätte zuerst über die Fr. 100'000.00 abstimmen müssen und dann über das andere.

Hermann Steiner, Präsident: Diesen Vorschlag habe ich ja gemacht und dann habt ihr miteinander kommuniziert, dass man grundsätzlich spricht über die Fahrzeuganschaffung. Die Frage stellt sich für mich auch betreffend Fr. 120'000.00 oder Fr. 100'000.00. Ich würde noch darüber abstimmen lassen.

Pius Benz: Diese Abstimmung ist falsch gelaufen. Ich bin der Meinung, dass zuerst über Fr. 120'000.00 oder Fr. 100'000.00 und danach darüber, ob das Fahrzeug beschafft wird oder nicht.

Hermann Steiner, Präsident: Lieber Pius, ich gebe dir recht. Genau das wollte ich machen. Aber ich bin umgestimmt worden. - Sind Sie einverstanden, dass wir zurückkommen zum Thema "Streichungsantrag Fr. 100'000.00 oder Fr. 120'000.00? - Dann können wir darüber nochmals abstimmen, wenn ihr das wollt. - Machen Sie nicht noch ein grösseres Durcheinander! - Ich wollte die Frage stellen. Ich wollte den SVP-Antrag dem Finanzkommission-Antrag gegenüberstellen und dann eine Schlussabstimmung machen.

Thomas Meier: Ob wir darauf zurückkommen, weiss ich nicht, das ist Präsidialentscheid. Es ist halt blöd gelaufen, weil jemand gerufen hat: "Jetzt müsst ihr aufstehen!" und dann zwei aufgestanden sind. Es ist einfach so. Es soll vorne entschieden werden. Ich würde meinen, es wird keinen juristischen Rekurs geben, egal, welche Variante der Präsident wählt.

Hermann Steiner, Präsident: Meine Meinung ist nun, dass man grundsätzlich auf die neue Fahrzeuganschaffung verzichtet hat. Für mich ist die Diskussion nun erledigt.

Meinrad Jäger: Ich war derjenige, der aufgestanden ist. Ich wollte eigentlich anders wählen. D.h., ich wäre eigentlich gegen den Finanzkommission-Antrag gewesen.

Pius Benz: Ich habe ganz klar den Antrag der SVP von Fr. 100'000.00 gegenüber dem gemeinderätlichen Antrag von Fr. 120'000.00 gestellt. Zuerst müsste man über diese beiden Anträge abstimmen und danach den Finanzkommission-Antrag gegen den obsiegenden. Dann wäre es korrekt.

Hermann Steiner, Präsident: Ich frage Sie nochmals. Bei einem Rückkommen braucht es die 2/3-Mehrheit. Wir sind 43 Anwesende. Wer ist für Rückkommen, dass wir nochmals zum 1. Antrag zurück gehen?

Auszählung

Hermann Steiner, Präsident: Wer ist gegen das Rückkommen?

Auszählung

Hermann Steiner, Präsident: Gibt es Enthaltungen?

Auszählung

Hermann Steiner, Präsident: Es genügt nicht. Es sind 23 dafür und 6 dagegen, bei 14 Enthaltungen. Dann fahren wir weiter. Wir sind noch immer bei der öffentlichen Sicherheit.

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Wir haben über 140.311.02 abgestimmt. Weiter steht der Streichungsantrag von Fr. 30'000.00 unter dem Konto 140.461.00 im Raum. Das ist eine logische Konsequenz aus der Gutheissung des ersten Antrages. Wir müssen formell darüber abstimmen.

Hermann Steiner, Präsident: Bei diesem Streichungsantrag geht es um die Subvention des Kantons, Fr. 30'000.00. Wir stimmen darüber ab. In meinen Augen ist dies eine logische Folge, dass nach der Ablehnung des Fahrzeuges auch die Subvention wegfällt.

Abstimmung

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 140.461.00 "Beiträge aarg. Versicherungsamt" sei um Fr. 30'000.00 (Subvention Fahrzeug) auf Fr. 31'000.00 zu streichen." wird mit 39 : 0, bei 4 Enthaltungen, gutgeheissen.

Holger Czerwenka: Ich habe eine Frage zur Abstimmung über das Rückkommen betreffend Stimmenverhältnis. Wie sieht es aus mit der Zweidrittelmehrheit? Zählen die 14 Enthaltungen als Stimmen, werden diese mitgezählt? Mir ist dies nicht klar.

Hermann Steiner, Präsident: 2/3 müssen dafür sein. Das wären 29 bei 43 Anwesenden.

2. Bildung

205.310.01 Schulmaterial

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Zum Zeitpunkt der Budgetierung war vom BKS beschlossen, ab der 5. Klasse Frühfranzösisch einzuführen. Mit der Ablehnung des Bildungskleeblattes fällt das nun dahin. Die Materialbeschaffung für das Frühfranzösisch kann in Übereinstimmung mit dem Gemeinderat gestrichen werden.

Der Voranschlagskredit 205.310.01 "Schulmaterial" sei um Fr. 12'900.00 (Frühfranzösisch) auf Fr. 294'700.00 zu reduzieren.

Abstimmung

Der Finanzkommission Antrag " Der Voranschlagskredit 205.310.01 "Schulmaterial" sei um Fr. 12'900.00 (Frühfranzösisch) auf Fr. 294'700.00 zu reduzieren." wird einstimmig angenommen.

214.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Das Malatelier wurde im letzten Jahr zurückgestellt, da es zu spät eingegeben wurde bzw. nicht Thema des Budgettrundgangs der Schule war. In diesem Jahr wurde der Finanzkommission das geplante Malatelier vorgestellt und im Budget sind Fr. 9'900.00 eingestellt. Die Schulpflege erachtet dieses Atelier als ein sinnvolles, pädagogisches Angebot, welches lediglich im Schulkreis Altenburg angeboten und nicht auf weitere Schulkreise erweitert werden soll.

Die Finanzkommission hat das Malatelier nicht aus pädagogischer Sicht beurteilt (dazu würden auch die Kompetenzen fehlen), sondern ist grossmehrheitlich mit der Begründung des Gemeinderates nicht einverstanden. Es ist fraglich, dass das Malatelier ein sinnvolles, pädagogisches Angebot sein soll und dennoch soll es nur im Altenburg eingesetzt werden und nicht in allen Schulkreisen. Offenbar liegt diesbezüglich auch kein Konzept vor. Auch wenn vom Gemeinderat bestritten, wird eine grosse Mehrheit der Finanzkommission den Eindruck der Salamtaktik nicht los. Die Finanzkommission ist nicht bereit, dazu Hand zu bieten und will der Therapiererei Grenzen setzen.

Der Voranschlagskredit 214.314.00 "Baulicher Unterhalt durch Dritte" sei um Fr. 9'900.00 (Malatelier) auf Fr. 108'300.00 zu reduzieren.

Claudia Berli: Die Fraktion FDP ist mehrheitlich gegen den Streichungsantrag für das Malatelier. Durch den Umbau im Schulhaus Altenburg ist die Möglichkeit entstanden, das ehemalige Musikzimmer als Malatelier zu nützen. Die Fraktion unterstützt die Initiative der Lehrpersonen, welche speziell dafür ausgebildet sind, ein Malatelier einzurichten. Neben dem pädagogischen Aspekt wird den Kindern auch etwas Spezielles geboten. Das Angebot wird im Rahmen des Zeichnungsunterrichtes stattfinden. Zusätzlich erhöht es auch die Qualität der Schule Wettingen. Jedes Schulhaus lebt von seinen eigenen Projekten, so wie es im Margeläcker die Senioren im Unterricht sind, kann es im Altenburg das Malatelier sein.

Marie-Louise Reinert: Letztes Jahr war das Malatelier nicht im Budgettrundgang, dieses Jahr ist es konzeptlos. Ich werde den Eindruck nicht los, dass es eher ein Misstrauen ist oder eine Schulmeisterei. Malatelier: dies ist ein Raum, der auf 3 Seiten Pavatex-Wände hat. Jedes Kind hat ein plakatgrosses Papier vor sich und malt darauf, in die Höhe und Breite. Es ist auch eine physische Herausforderung. Das Kind muss sich konzentrieren, befindet es sich in der Mitte des Raumes, es muss die Bewegungen beherrschen, es ist 45 Minuten an der Arbeit. Die Lehrerin stellt keine Aufgaben. Die Zeichnung wird anschliessend auch nicht bewertet. Es ist konzentriert mit seinen eigenen Möglichkeiten und hat zugleich physisch einen hohen Anspruch. Die Arbeit hat einen pädagogischen Wert, Selbstdisziplin ist gefragt, es lohnt sich Lösungen zu suchen. Es ist 45 Minuten an seiner eigenen Arbeit. Dies stärkt den Lebensmut. Es macht Freude sein eigenes Tun zu entdecken. Es lohnt sich, dran zu bleiben. Das stärkt den Charakter. Das Kind übt Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit. Die Tätigkeit ist erholsam und anstrengend zugleich und macht Freude. Es ist für die ganze Klasse eine Quelle von Ruhe und Entspannung. Kinder malen zu lassen, ist ein guter Weg, solche Erfahrungen zu ermöglichen. Es ist keine Therapiererei, es ist etwas Physisches. Es ist etwas Handfestes. Die Fachhochschule Nordwestschweiz bietet diese Ausbildung für Lehrpersonen an. 12 und mehr im Schulhaus Altenburg sind bereit, die-

se zu machen. Die Kinder vom Schulhaus Altenburg stammen aus vielen verschiedenen Familien. Einige können selbststärkende Erfahrungen zu Hause machen, andere nicht. Wir hier haben auf solche Familien keinen Einfluss. Ich möchte sagen, es ist auch integrativ. Wenn diese Kinder beim Übertritt in die Oberstufe oder in eine Lehre Selbstkompetenz haben, dann ist das für uns alle in Wettingen gut. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag der Finanzkommission nicht zu folgen.

Christine Meier Rey: Auch die Fraktion SP/WettiGrünen unterstützt das Malatelier. Wir haben es bereits gehört. Es gibt Lehrpersonen im Altenburg, die sich für die Weiterbildung interessieren. Wir haben auch die räumlichen Bedingungen. Das Malen im Malatelier unterstützt das Selbstwertgefühl der Kinder und die Konzentrationsfähigkeit. Es ist eine gute Alternative, wenn die Kinder mit den Malutensilien umgehen lernen und selber gestalten. Wir möchten, dass das Malatelier eingesetzt wird.

Thomas Meier: Wir werden dem Streichungsantrag grossmehrheitlich nicht folgen. Mir hat das Votum von Marie-Louise Reinert gefallen. Uns war es ein wichtiges Anliegen, dass es nicht eine weitere Therapie ist. Es ist etwa einen Monat her, dass es in der AZ einen tollen Bericht hatte. Darin gab es einen zusammenfassenden Satz: "Wenn man gut sucht, findet man für jedes Kind eine gute Therapie." Die dazugehörige Karikatur von Sven war hervorragend. Dies wollen wir nicht. Das Angebot hier ist ein zusätzliches Angebot, mehr im handwerklichen Sinn. Grosse Leinwände, Handwerk, arbeiten, wichtige Eigenschaften stärken. Ich hoffe einfach sehr, dass es nicht in die andere Richtung geht. Man hat auch schon von Personen gehört, die in diesem Prozess mit ausgebildeten Lehrpersonen gesprochen haben, die eher den Eindruck hatten, man spricht mit einer Therapeutin als mit einer Lehrkraft. Daher ist ein gewisses Unbehagen an den Tag gekommen. Wir vertrauen fest darauf, dass es keine Therapie ist, sondern eine Stärkung von wichtigen Grundeigenschaften. Wir werden den Streichungsantrag grossmehrheitlich nicht unterstützen.

Abstimmung

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 214.314.00 "Baulicher Unterhalt durch Dritte" sei um Fr. 9'900.00 (Malatelier) auf Fr. 108'300.00 zu reduzieren." wird mit 8 : 31, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

215.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Es geht um Lehrertische im Schulhaus 2 (Primarschule). Der Budgetrundgang hat gezeigt, dass die Tische an der Furnieroberfläche verschiedentliche Gebrauchsspuren aufweisen. Der Ersatz ist zwar wünschenswert, aber nicht notwendig. Es kann ohne weiteres an diesen Tischen gearbeitet werden.

Der Voranschlagskredit 215.314.00 "Baulicher Unterhalt durch Dritte" sei um Fr. 11'100.00 (Erneuerung Lehrertische) auf Fr. 151'500.00 zu reduzieren.

Marie-Louise Reinert: Die Finanzkommission will ja immer ein Konzept. Zuerst wollte die Schulleitung nur einzelne Tische ersetzen. Es hiess aber, man sollte alle miteinander, dann habe man einen billigeren Preis und man hat die gleichen Tische. Es geht aber nicht darum, die ganzen Tische zu ersetzen. Es handelt sich nur um den Ersatz der Tischplatten, neu auf das alte Gestell geschraubt. Das Tischblatt kann man nicht abschleifen. Die Tischplatten werden einem Konzept folgend, im Sinne von Herrn

Bürgi, ersetzt. Man kann aber auch auf zerkratzten Tischen schreiben und diese nach und nach ersetzen. Dann hat man aber auch das Konzept nicht.

Gemeinderat Daniel Huser: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass zu guten Arbeitsbedingungen auch das Tischblatt dazugehört. Er möchte am Antrag festhalten.

Abstimmung:

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 215.314.00 "Baulicher Unterhalt durch Dritte" sei um Fr. 11'100.00 (Erneuerung Lehrertische) auf Fr. 151'500.00 zu reduzieren." wird mit 23 : 17, bei 3 Enthaltungen, angenommen.

219.365.02 Beitrag Verein Tagesstrukturen

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Nach der Erstellung des Budgets 2010 konnte der Verein Tagesstrukturen die definitive Abrechnung des 1. Betriebsjahres vornehmen (Verzögerung wegen Beschwerdeentscheid des Regierungsrates). Diese Abrechnung weist ein Guthaben der Gemeinde Wettingen von Fr. 78'735.80 aus, was als akonto für das nächste Betriebsjahr übernommen werden konnte. Der Gemeinderat beantragt der Finanzkommission im Nachgang zum verabschiedeten Budget eine Streichung von Fr. 70'000.00.

Der Voranschlagskredit 219.365.02 "Beitrag Verein Tagesstrukturen" sei um Fr. 70'000.00 auf Fr. 300'000.00 zu reduzieren.

Christian Wassmer: Wie Sie schon feststellen konnten, interessiert mich persönlich die sinnvolle Einrichtung der schulergänzenden Kinderbetreuung. Nachdem ich den Jahresbericht gelesen habe, möchte ich Frau Rüegg versichern, dass ich sehr an der Zukunft unserer Kinder interessiert bin, sonst hätte ich nicht selbst deren drei. Im Bericht zur Jahresrechnung wurde vorgeworfen, dass der Einwohnerrat nur an den Zahlen interessiert sei. So ist es definitiv nicht. Als Einwohnerrat ist es aber auch unsere Pflicht, die Zahlen zu hinterfragen, denn der Einwohnerrat kann das Geld der Steuerpflichtigen nicht einfach aus dem Ärmel schütteln.

Nun zum Budget: Mir ist eine massive Steigerung vom einen zum nächsten Jahr aufgefallen. Im ersten Betriebsjahr mit 50 Kindern am Mittagstisch und durchschnittlich 3.9 in den Betreuungseinheiten betrug das Defizit Fr. 196'000.00, aufgeteilt auf die Gemeinde mit Fr. 122'000.00 sowie Bund und Kanton mit Fr. 73'000.00. Die Akontozahlung betrug Fr. 201'000.00, d.h. es besteht noch ein Guthaben von Fr. 79'000.00, welches auf die nächste Rechnung übertragen wird.

Im zweiten Betriebsjahr (hierzu liegt mir die Abrechnung verdankenswerter Weise vor) waren es durchschnittlich 52.5 Kinder am Mittagstisch (+2.5) und 6 Kinder in den Betreuungseinheiten (+2.1). Das Defizit beträgt Fr. 228'000.00. Die Beiträge von Bund und Kanton dürften mindestens denjenigen aus dem ersten Betriebsjahr entsprechen (Fr. 73'000.00), d.h. für die Gemeinde würde es Fr. 155'000.00 machen, also rund Fr. 30'000.00 mehr als im ersten Jahr mit Fr. 122'000.00. Die Akontozahlung betrug Fr. 272'000.00, d.h. im zweiten Betriebsjahr, welches mittlerweile auch abgeschlossen wurde mit dem Schuljahr, haben wir ein Guthaben von Fr. 117'000.00. Dies wird nicht übertragen, sondern geht zurück in die Gemeindekasse. Es verbleiben also noch immer die Fr. 79'000.00 aus dem ersten Betriebsjahr.

Im dritten Betriebsjahr wird mit 54 Kindern am Mittagstisch und 6 in den Betreuungseinheiten budgetiert. Also einer massiv kleineren Steigerung als vom ersten

zum zweiten Betriebsjahr. Wir erinnern uns, es ging dort um Fr. 30'000.00 Mehrausgaben.

Ich attestiere, dass es mehr kosten kann. Wenn ich die Jahre vergleiche: 3. Betriebsjahr Fr. 370'000.00 versus 2. Betriebsjahr mit ähnlicher Auslastung Fr. 155'000.00. Es ist für mich nicht nachzuvollziehen, zumal wir noch die Fr. 79'000.00 Guthaben haben.

Ich mache deshalb den Antrag im Namen der CVP-Fraktion: Das Budget für den Beitrag an den Verein Tagesstrukturen (219.365.02) ist von Fr. 370'000.00 auf Fr. 200'000.00 zu kürzen. Ich kann Ihnen aufgrund der vorhandenen Unterlagen versichern, dass kein Franken fehlen wird, um die geplanten Dienstleistungen anzubieten. Es ist einfach nicht eine gigantische Reserve vorhanden, dass man am Schluss hundertausende von Franken übrig hat, die zurückbezahlt werden. Dafür ist unsere Budgetierung nicht gemacht. Ich würde erwarten, dass dies kritisch durch den Gemeinderat hinterfragt wird und nicht erst an der Einwohnerratssitzung. Der Antrag entspricht einer Steigerung um Fr. 45'000.00 (30 %) gegenüber dem 2. Betriebsjahr, inkl. den Fr. 79'000.00 wo noch restlich sind, sind das Fr. 124'000.00, fast eine Verdopplung. Ich glaube, das muss ausreichen.

Vizeammann Heiner Studer: Ich habe Christian Wassmer mit den entsprechenden Unterlagen bedient. Ich habe ihm auch die revidierte Rechnung des ersten Betriebsjahres zukommen lassen, nach dem Regierungsratsentscheid. Der Verein hat in den letzten Tagen auch die Rechnung revidiert. Weiter lagen die Unterlagen vor, welche als Basis für unsere Budgetierung dienten, nämlich das Budget des Vereins Tagesstrukturen für das laufende Jahr. Die Fr. 300'000.00 sind bei einer Vollbelegung, was nicht realistisch ist. Nun hat uns der Verein für Tagesstrukturen das Budget per 31.9.2010 aufgrund der Rechnung 2009 eingereicht. Der Verein kommt auf einen ungedeckten Betrag von Fr. 300'865.00. Hier sind die im Budget vorgesehenen Fr. 300'000.00 klar der bruttodeckende Betrag. Aufgrund der gemachten Erfahrungen wird der Beitrag von Bund und Kanton in der Grösse von ca. Fr. 70'000.00 sein. Was ist klar und was unklar? Aufgrund der Rechnung des ersten Betriebsjahrs wird der Verein dem Bund das Gesuch um den Bundesbeitrag für das nächste Betriebsjahr stellen. Dies ist allerdings die dritte und letzte Anstossfinanzierung des Bundes. Diese Finanzierung des Bundes läuft im nächsten Sommer aus, d.h. sie wird bis im 7. Monat zum nächsten Rechnungsjahr der politischen Gemeinde gerechnet. Der Kanton entscheidet erst, wenn der Bund entschieden hat. Es ist zu erwarten, dass der Kantonsbeitrag etwas höher sein wird. Wenn man sicher sein möchte, dass man den kommunalen Teil zahlen kann und was von Bund und Kanton zu erwarten ist, habe ich kein Problem damit, wenn man sagt, unter diesen Umständen kann man Fr. 230'000.00 oder Fr. 200'000.00 budgetieren. Wenn der Einwohnerrat dies beschliesst, könnte es genügen, aber ich kann es nicht garantieren. Der Verein kann nach Leistungsvereinbarung nach diesem Budget handeln, auch mit dieser Summe. Wenn es aber nicht genügt, dann darum, weil es in dieser Phase nicht detailliert budgetierbar ist. Die Rechnung vom ersten Betriebsjahr ist die Basis für die Berechnung des budgetierten Betrages. In den Grundüberlegungen bestehen keine Gegensätze.

Christian Wassmer: Ich möchte noch etwas zur Differenz von Fr. 200'000.00 zu Fr. 230'000.00 sagen. Die Rechnung von Heiner Studer ist: von den budgetierten Fr. 300'000.00 - und nicht den Fr. 370'000.00 wie im vorliegenden Budget, was ich komisch finde - ziehen wir die Fr. 70'000.00 Subventionen ab. Für mich ist es sehr unrealistisch, dass man in jedem Schulkreis die genau 2 zusätzlichen Kinder in jeder Stunde hat. Das wäre eine massive Steigerung vom 2. auf das 3. Jahr. Zudem sind die Fr. 79'000.00 als Guthaben noch nirgends verrechnet worden. Im 1. logischerweise

nicht, im 2. auch nicht gemäss der vorliegenden Abrechnung. Also kann man es ins 3. Jahr nehmen, dann wären ca. Fr. 160'000.00 Budget erforderlich. Ich habe es aufgerundet auf Fr. 200'000.00, um eine Sicherheitsmarke einzubauen, wenn die Beiträge von Bund und Kanton nicht genau so sind wie geplant. Wenn es unbedingt sein muss, sind Fr. 230'000.00 sicher sinnvoller als Fr. 300'000.00 oder gar Fr. 370'000.00 wie budgetiert. Ich möchte den Antrag aber bei Fr. 200'000.00 stehen lassen und das den angebotenen Fr. 230'000.00 gegenüberstellen. Ich bin 100 %ig davon überzeugt, dass es ausreicht. Ich bin nicht Freund davon, bei jedem Budgetposten tonnenweise Reserve einzubauen. Ich möchte das Geld lieber für z.B. das Malatelier oder anders brauchen.

Hermann Steiner, Präsident: Die Rechnung geht für mich nicht ganz auf. Der Voranschlag der Gemeinde ist Fr. 370'000.00, der Finanzkommission-Streichungsantrag Fr. 70'000.00, dann kommen wir auf Fr. 300'000.00.

Vizeammann Heiner Studer: Der Antrag auf Fr. 370'000.00 besteht gar nicht mehr, weil der Gemeinderat der Finanzkommission bei Budgetabschluss übermittelt hat, dass der Gemeinderat die Fr. 70'000.00 streicht. Die damalige Berechnung der Fr. 370'000.00 ging von einer Vollbelegung aus. Diese wäre aber wesentlich mehr und wesentlich teurer. Diese steht gar nicht mehr zur Diskussion. Der Beitrag an den Verein Tagesstrukturen wurde zu einem Zeitpunkt festgelegt, als man gar noch nicht alle Details von Bund und Kanton hatte. Fr. 230'000.00 wären problemlos möglich. Wenn man weitere Fr. 30'000.00 streicht wäre das keine Katastrophe, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass man nicht sagen kann, die Zahl stimmt exakt. Wird die Zahl leicht anders sein, dürfen Sie uns dies nicht zur Last legen.

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Es steht Fr. 370'000.00 im Budget und dieser Betrag steht auch zur Diskussion. Der Finanzkommission-Antrag lautet auf Kürzung von Fr. 70'000.00. Dann wären wir bei Fr. 300'000.00. Auch wenn der Gemeinderat dies vorgeschlagen hat, ist der Budgetposten bei Fr. 370'000.00 und wir müssen über den Streichungsantrag der Finanzkommission abstimmen und dann über den CVP-Antrag.

Thomas Bodmer: Wenn Heiner Studer sagt, mit dem CVP-Antrag sei immer noch zu überleben, ist wohl klar, wie wir abstimmen müssen. Die SVP wird sich anschliessen. Der Verein kann die Belegung sicherstellen. Mit einem Angebot, das sehr viel tiefer ist, als man uns damals verkauft hat, als man das Angebot eingeführt hat. Die SVP hat damals ein anderes Konzept vorgeschlagen und wollte dies durchdrücken. Wir wussten, dass dies so keinen grossen Anklang finden wird. Jetzt ist es so. Das Defizit kommt nicht vom gut ausgelasteten Mittagstisch, sondern wo man die Stunden für eine ganze Lehrkraft bezahlt. Es macht keinen Sinn, im Budget Reserven einzubauen. Man soll realistisch budgetieren und vielleicht in einem späteren Jahr über die vollständige Streichung des Konzeptes bestimmen.

Markus Maibach: Wir haben eine Leistungsvereinbarung und ein Reglement. Ich habe die Budgetzahlen auch angeschaut und vor allem den Aufwand und Ertrag von Rechnung und Budget verglichen und nicht nur den Gemeindebeitrag. Wenn ich das anschau, dann hatten wir letztes Jahr Ausgaben von Fr. 365'000.00, dieses Jahr Fr. 347'000.00 im Budget. Der Ertrag betrug im Vorjahr Fr. 125'000.00 und neu Fr. 146'000.00. Ich staune über die Zahlenklauberei in dieser kalkulatorischen Grösse. Der Verein glaubt an sich und hat eine Wachstumsperspektive.

Christian Wassmer: Ich möchte festhalten, dass die kalkulatorische Grösse das Budget ist. Die kalkulatorische Grösse ist aber nicht das Defizit oder der Gemeindebeitrag vom ersten Betriebsjahr, Fr. 122'000.00, und auch nicht vom zweiten

Betriebsjahr, Fr. 155'000.00. Die Steigerung von Fr. 122'000.00, 155'000.00 auf Fr. 200'000.00 dünkt mich sehr gross. Ich hoffe, dass man die Zahlen erreicht und genügend Kinder hat. Alles weitere ist utopisch und nicht machbar. Deshalb habe ich das Gefühl, die Fr. 200'000.00 sind eine massive Aufstockung. Alles andere ist Luft im Budget. Ich bitte Sie um Unterstützung bei den Fr. 200'000.00.

Abstimmung:

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 219.365.02 "Beitrag Verein Tagesstrukturen" sei um Fr. 70'000.00 auf Fr. 300'000.00 zu reduzieren." wird einstimmig angenommen.

Der CVP-Antrag "Der Voranschlagskredit 219.365.02 (neu Fr. 300'000.00) sei auf Fr. 200'000.00 zu reduzieren." wird mit 28 : 15 angenommen.

228.314.00 Unterhalt und Reparaturen immobile Sachanlagen

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Seit Jahren wird am Budgetrundgang immer wieder die Versiegelung des Gussasphaltbelages der HPS diskutiert. Die Versiegelung eines Gussasphaltbelags im Innern dient vor allem dazu, die Oberfläche zu veredeln (glänzend) und den Reinigungsaufwand etwas zu verringern. Letztendlich besteht in der HPS (mit Ausnahme des Essbereichs) vorwiegend ein ästhetisches Problem. Die Dauerhaftigkeit des Gussasphalts wird nicht vermindert, wenn die Versiegelung nicht vorgenommen wird. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, die Versiegelung auf eine Etappe zu beschränken, auf die Notwendigkeit. Er ist mit Streichung von Fr. 18'000 einverstanden.

Der Voranschlagskredit 228.314.00 "Unterhalt und Reparatur immobile Sachanlagen" sei um Fr. 18'000.00 (Neuversiegelung Gussasphaltboden) auf Fr. 103'000.00 zu reduzieren.

Rufener Andreas: Gemäss meinen Informationen ist es nicht nur ein optisches Problem. Je länger man die Arbeiten hinausschiebt, desto grösser wird das Problem. Unterhalt kann man immer wieder hinausschieben. Aber am Schluss ist es nicht nur der immer rauher werdende Gussasphalt, sondern wir haben schon jetzt ab und zu ein Kind, das auf dem Boden umfällt.

Gemeinderat Huser Daniel: Wie es der Finanzkommission-Präsident gesagt hat, haben wir auf dem Budgetrundgang den Gussasphaltboden schon mehrmals angeschaut. Auch stimmt, dass der Gemeinderat mit der Streichung einverstanden ist. Wir behalten uns aber vor, falls die Ästhetik nicht mehr haltbar wäre, Ihnen einen Nachtragskredit vorzulegen.

Abstimmung

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 228.314.00 "Unterhalt und Reparatur immobile Sachanlagen" sei um Fr. 18'000.00 (Neuversiegelung Gussasphaltboden) auf Fr. 103'000.00 zu reduzieren." wird mit 27 : 16 angenommen.

228.318.06 Aufwand Schülertransporte

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Dieser Betrag ging in der Budgetierung schlichtweg vergessen und muss eingesetzt werden.

Der Voranschlagskredit "228.318.06 "Aufwand Schülertransporte" sei um Fr. 40'000.00 (Vorjahresbestand) auf Fr. 400'000.00 zu erhöhen.

Abstimmung

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit "228.318.06 "Aufwand Schülertransporte" sei um Fr. 40'000.00 (Vorjahresbestand) auf Fr. 400'000.00 zu erhöhen." wird mit 41 : 0, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

228.480.00 Aufwandüberschuss

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Die HPS ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb. Die Rechnung muss ausgeglichen sein. Der Ausgleich der beiden vorgängigen Streichungen hat über das Konto Aufwandüberschuss zu erfolgen.

Der Voranschlagskredit 228.480.00 "Aufwandüberschuss" sei um Fr. 22'000.00 (Ausgleich Eigenwirtschaftsbetrieb) auf Fr. 35'826.00 zu erhöhen.

Abstimmung

Dem Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 228.480.00 "Aufwandüberschuss" sei um Fr. 22'000.00 (Ausgleich Eigenwirtschaftsbetrieb) auf Fr. 35'826.00 zu erhöhen" wird mit 41 : 0, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

3. Kultur, Freizeit

300.365.27 Beitrag Nordportal

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission will die gute Kulturinstitution Nordportal weiter und wie bisher unterstützen. Das Nordportal arbeitet gut und kann als stabil bezeichnet werden.

Der Voranschlagskredit 300.365.27 "Beitrag Nordportal" sei um Fr. 10'000.00 auf Fr. 15'000.00 zu erhöhen.

Abstimmung

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 300.365.27 "Beitrag Nordportal" sei um Fr. 10'000.00 auf Fr. 15'000.00 zu erhöhen." wird mit 36 : 5, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

350.365.44 Jubiläum Alberich Zwyssig

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Pater Alberich Zwyssig ist einer der berühmtesten Wettinger Einwohner gewesen. Sein Wirken hat über die Gemeindegrenzen hinaus ein nationales Ansehen gefunden. Der Gemeinderat will diesen Umständen Gewicht beimessen, was von der Finanzkommission unterstützt wird. Momentan liegt allerdings kein neues Projekt in der Pipeline (nachdem das erste gescheitert war), was nach Ansicht der Finanzkommission nicht rechtfertigen würde, den Betrag von Fr. 30'000 im Budget stehen zu lassen. Mit der Aufforderung an den Gemeinderat, diese Idee weiterzuverfolgen, soll für die anstehende Planung ein Beitrag von Fr. 5'000.00 im Budget stehen gelassen werden.

Der Voranschlagskredit 300.365.44 "Jubiläum Alberich Zwyssig" sei um Fr. 25'000.00 (Anteil Ausführungskosten) auf Fr. 5'000.00 zu reduzieren.

Abstimmung

Der Finanzkommission-Antrag "Der Voranschlagskredit 300.365.44 "Jubiläum Alberich Zwyssig" sei um Fr. 25'000.00 (Anteil Ausführungskosten) auf Fr. 5'000.00 zu reduzieren." wird mit 40 : 0, bei 3 Enthaltungen, angenommen.

300.365.15 Jugendprojekte, Ideentopf

Esther Elsener Konezciny: Dieser Budgetposten soll auf Fr. 9'500.00 reduziert werden. Im Jahr 2008 weist dieser Posten Fr. 17'150.00, im Jahr 2007 Fr. 7'930.00. Im Budget 2009 werden Fr. 21'000.00 ausgewiesen. Weshalb diese Unterschiede.

Antoinette Eckert, Gemeinderätin: Im laufenden Jahr ist das Projekt Midnight Move enthalten. Dieses wurde nun herausgenommen und hat ein eigenes Konto erhalten, nämlich 340.365.02.

Esther Elsener Konezciny: Ich habe eine Anschlussfrage. War das im Jahr 2008 auch schon enthalten?

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Es war schon enthalten, aber nicht für das ganze Jahr. Nun wird das ganze Kalenderjahr berücksichtigt.

351 Ferienheim Ftan

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Folgende Konten sind zu korrigieren, da vergessen gegangen:

- 317.01 Spesenentschädigungen um Fr. 1'000.00 im Aufwand
- 318.02 Steuern und Taxen um Fr. 11'000.00 im Aufwand

Im Voranschlagskredit 351.317.01 "Spesenentschädigung" seien Fr. 1'000.00 einzustellen.

Im Voranschlagskredit 351.318.02 "Steuern und Taxen" seien Fr. 11'000.00 einzustellen.

Abstimmung

Die Finanzkommission-Anträge "Im Voranschlagskredit 351.317.01 "Spesenentschädigung" seien Fr. 1'000.00 einzustellen." und "Im Voranschlagskredit 351.318.02 "Steuern und Taxen" seien Fr. 11'000.00 einzustellen." werden mit 38 : 0, bei 5 Enthaltungen, angenommen.

4. Gesundheit

Keine Voten.

5. Soziale Wohlfahrt

581.366.00 Materielle Hilfe an Private / 581.436.00 Rückerstattungen

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Ich nehme beide Positionen zusammen. Die Finanzkommission ist der Ansicht, dass beide Positionen den Rechnungsbeträgen 2008 anzupassen sind. Einmal mehr hat die Finanzkommission grosse Fragezeichen bei den Sozialhilfeausgaben gemacht. Ich verzichte an dieser Stelle, alles zu wiederholen. Der Gemeinderat wird sich aber überlegen müssen, wie er weiter vorgehen möchte. Aufwandreduktion um Fr. 300'000.00 auf Fr. 12'700'000.00.

Der Voranschlagskredit 581.366.00 "Materielle Hilfe an Private" sei um Fr. 300'000.00 auf Fr. 12'700'000.00 zu reduzieren.

Der Voranschlagskredit 581.436.00 "Rückerstattungen" sei um Fr. 200'000.00 auf Fr. 8'700'000.00 zu erhöhen.

Marie-Louise Reinert: Die Ausgaben sind abhängig von der Bedürftigkeit der Personen. Sie haben ein Recht gemäss Gesetz, welches wir nicht einschränken können. Wie ist das gemeint mit diesen Anträgen?

Patrick Bürgi: Ich kann nur eine persönliche Antwort geben, nicht für die Finanzkommission. Meine persönliche Ansicht ist, dass das Sozialhilfe- und Präventionsgesetz sowie die entsprechende Verordnung so oder anders ausgelegt werden kann. Die Rechtsprechung zeigt, dass gewisse Gemeinden, insbesondere im Mutschellengebiet, ganz klar eine andere Strategie fahren. Entsprechend bei Sozialhilfeempfänger als solche Gemeinden verschrieben sind und entsprechend tiefe Ausgaben haben. Ich übe keine Kritik im Grundsatz über die Arbeit der Sozialkommission, welche die Anträge an den Gemeinderat vorbereitet. Ich sage einfach, man müsste überprüfen, ob man nicht könnte. Wenn man natürlich schaut, was die Gemeinde Wettingen mit Fr. 13 Mio. für Ausgaben hat, Baden mit Fr. 4 oder 5 Mio., dann mache ich gewisse Fragezeichen. Wenn man schaut, dass gewisse Mutschellen-Gemeinden praktisch keine Ausgaben haben, dafür ist alles in Spreitenbach, dann denke ich, gibt es Handlungsspielraum.

Gemeinderätin Feri Yvonne: Es ist sehr schwierig, Vergleiche zu machen unter den verschiedenen Städten und Gemeinden um die Sozialhilfekosten pro Einwohner/in auszurechnen. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat beschlossen, an einer Vergleichsstudie zur Situation und Weiterentwicklung des Sozialdienstes teilzunehmen. Dies wird einen genauen Benchmark geben, bei welchem man die gleichen Werte miteinander vergleichen kann. Das Sozialhilfe- und Präventionsgesetz lässt nicht viel Spielraum zu. Wir sind sehr streng mit unseren Klientinnen und Klienten und schießen das Geld nicht hinterher. Wir machen beim Aussendienstmitarbeiter-Projekt ab nächstem Jahr mit, weil wir genau wissen wollen, was in der Gemeinde läuft. Wo gibt es Handlungsbedarf oder allenfalls Betrugsfälle. Solche wollen wir auf jeden Fall verhindern. Wir schicken niemanden weg oder holen Leute nach Wettingen. In der Schweiz haben wir die Mobilität und können niemandem vorschreiben, wo er hinzieht. Der Gemeinderat hält am ursprünglichen Antrag fest. Wir haben Wirtschaftskrise, die Arbeitslosenzahlen steigen. Irgendwann werden diese Personen zum Sozialdienst kommen und wir werden das Geld brauchen. Ich kann die Verantwortung nicht übernehmen für eine Budgetüberschreitung. Ich wüsste nicht, wo wir einsparen sollten. Sonst müsste die Sozialkommission dies sagen.

Thomas Bodmer: Die SVP hat schon seit Jahren auf die sich abzeichnende Entwicklung aufmerksam gemacht. Ich habe schon vor mehr als 3 Jahren in der

Finanzkommission diese Thematik aufgegriffen und darauf hingweisen, dass in der Stadt Baden pro Kopf ca. 3 x weniger materielle Hilfe geleistet wird als in Wettingen, obwohl Baden Gebiete hat wie Kappelerhof etc., wo sicher nicht eine im Durchschnitt privilegiere Bevölkerung wohnt als in Wettingen. Damals war dieses Thema in der Finanzkommission noch nicht mehrheitsfähig. Damals herrschten wirtschaftlich schwierige Zeiten. Aber danach folgten Hochkonjunkturphasen mit Wachstumsrate, wie wir sie schon lange nicht mehr hatten. Nie schnellten aber die Ausgaben dermassen in die Höhe wie in der Hochkonjunkturphase. Man konnte die gleiche Entwicklung in der Invalidenversicherung beobachten. Auch dort wurde behauptet, man könne nichts machen. Aber kaum wurde die Schraube etwas angezogen, konnte man problemlos Korrekturen herbeiführen. Bei Nachforschungen im Ausland gibt es in gewissen Situationen grosse Probleme, den Betrugsfällen nachzugehen, denn die abklärenden Personen werden bedroht. Es gibt sehr viel Missbrauch. Die SVP hat dies immer gesagt. Selbstverständlich ist es auch hier so, dass man Möglichkeiten hat, das Gesetz restriktiver oder grosszügiger auszulegen, wie das fast bei allen gesetzlichen Bestimmungen der Fall ist.

Gemeinderätin Yvonne Feri: In Baden sind die Ausgaben bei der Gassenarbeit viel höher. Man muss wirklich Gleiches mit Gleichem vergleichen. Ich möchte nicht Leute anstellen müssen, die auf der Gasse die Arbeit verrichten. Zum Missbrauch: hier sind wir auch tätig. Die SVP hat das Postulat betreffend Sozialdetektiv eingereicht. Ich habe versprochen, dass wir das Projekt Aussendienstmitarbeiter aufnehmen. Dies wurde gemacht und ist in das Budget eingeflossen.

Esther Elsener Konezciny: Die Arbeitslosigkeit wird spürbar sein auf dem Sozialdienst und die Fälle zunehmen. Womöglich werden mehr Leute und länger beim Sozialamt bleiben. Auch durch die restriktivere Handhabung der IV werden die Leute auf die Gemeinde kommen. Der Sozialdienst macht seine Arbeit sehr gut und ist bemüht, Rückerstattungen einzuholen. Doch ist es schwierig, dies abzuschätzen. Ich möchte Ihnen beliebt machen, den gemeinderätlichen Antrag zu unterstützen und von der Kürzung, wie sie die Finanzkommission vorschlägt, abzusehen.

Abstimmung

Die Finanzkommission-Anträge "Der Voranschlagskredit 581.366.00 "Materielle Hilfe an Private" sei um Fr. 300'000.00 auf Fr. 12'700'000.00 zu reduzieren" und "Der Voranschlagskredit 581.436.00 "Rückerstattungen" sei um Fr. 200'000.00 auf Fr. 8'700'000.00 zu erhöhen." werden mit 25 : 17, bei 1 Enthaltung, angenommen.

6. Verkehr

Keine Voten.

7. Umwelt, Raumordnung

Keine Voten.

8. Volkswirtschaft

840.365.04 Beitrag Standortmarketing

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Für die Finanzkommission ist unbestritten, dass der Stelle Standortförderung adäquate Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, damit die entsprechende Wirkung erzielt werden kann. Der Gemeinderat hat der Finanzkommission ein Konzept in Aussicht gestellt, das anfangs nächsten Jahres dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht werden soll. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Standortförderungskonzeptes werden sich die konkreten notwendigen Mittel abzeichnen.

Insgesamt geht es der Finanzkommission darum, dass erst nach Vorlage eines Konzeptes über die jährliche Budgetsumme verhandelt werden kann. Mit dem von der Finanzkommission gewährten Betrag von Fr. 150'000.00 sind genügend Mittel zur Verfügung gestellt, um die Arbeit ohne Einschränkungen aufnehmen zu können. Sollten Fr. 150'000.00 nicht ausreichen, hätte der GR ohne grossen Zusatzaufwand die Möglichkeit, mit der Vorlage des Konzeptes auch einen Nachtragskredit zu beantragen.

Der Voranschlagskredit 840.365.04 "Beitrag Standortmarketing" sei um Fr. 150'000.00 auf Fr. 150'000.00 zu reduzieren.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat haltet klar fest an den im Budget eingestellten Fr. 300'000.00. Sie konnten den Erläuterungen entnehmen, dass mit der Aufnahme der Arbeit der Leiterin Standortförderung die entsprechenden Mittel bereitzustellen sind, damit ihre Handlungsfähigkeit gegeben ist. Wie evaluiert man die benötigten Mittel? Diese Frage musste sich der Gemeinderat stellen, bereits bevor Frau Frauenfelder zu arbeiten begonnen hat. Im Budgetprozess Juli/August hat man relativ pragmatisch eine Annahme getroffen. Als Zentrumsgemeinde hat man einen Auftrag. Man hat geschaut, was bisher eingestellt war. Fr. 90'000.00 für dieses Jahr. Man hat die einzelnen Positionen festgelegt um das Konzept zu erarbeiten. Es gab Positionen, die mit Frau Frauenfelder im Groben abgesprochen wurden. Dabei kam man auf die total Fr. 300'000.00 für die Standortförderung. Der Gemeinderat hat klar gesagt, im Zusammenarbeit mit der Ausarbeitung des Standortförderungskonzeptes werden sich die konkreten notwendigen Mittel abzeichnen. Das liegt auf der Hand. Der Rechenschaftsbericht Standortförderung und der Rechnungsabschluss werden den zukünftigen Finanzbedarf ausweisen. Bei der Beratung der Standortförderung wurde auch deutlich gesagt, dass es eine gewisse Zeit braucht, bis alles gefestigt ist. Ca. 2 Jahre. Aber man muss jetzt starten. Wir werden die bisherige Arbeitsgruppe wieder einberufen, um eine Stellungnahme zum erarbeiteten Konzept einzureichen. Der Gemeinderat wird diese Anliegen aufnehmen und diskutieren. Das zentrale Thema ist Vertrauen. Wie sollen wir einen Antrag stellen für eine neue Stelle? Diese Stelle ist ganz neu, es bestehen noch keine Erfahrungen wie bei anderen, bei denen man weiss, wieviel Mittel in den letzten Jahren benötigt wurden. Ich bitte Sie, in diesem Sinne dem Gemeinderat das Vertrauen zu schenken, dass er diese Position über Fr. 300'000.00, welche sicher nicht überrissen ist für die grösste Gemeinde im Kanton Aargau, entsprechend nutzt. Schliesslich haben wir auch eine Fachperson eingestellt und sind bereit, einen guten Lohn zu zahlen. Kürzen Sie nun diesen Betrag, sind wir dort, wo wir am Anfang standen. Das wären Verhältnisse, die auch die Stelle in Frage stellten. Man wird jährlich einen separaten Rechenschaftsbericht über die Tätigkeiten der Leiterin Standortförderung erstellen. Dazu wird sich auch der Einwohnerrat äussern können. Es kann nicht sein, dass man im Zuge der Stellenschaffung über Kleinigkeiten, wie z.B. neue Broschüren oder Kleber, diskutiert. So kann keine Standortförderung betrieben werden. Ob wir die Fr. 300'000.00 gänzlich brauchen

werden, können wir auch noch nicht sagen. Lassen Sie uns die Arbeit aufnehmen. Wir versprechen Ihnen, dass wir nicht unnötig Geld brauchen werden. Es wäre schade, wenn wir in die Steinzeit zurückfallen würden und für Kleinigkeiten Nachtragskredite vorlegen müssten. Es wird sich über die Jahre hinaus zeigen, wo man mit der Standortförderung hin geht. Bald fängt eine neue Legislatur an. Der Gemeinderat wird die Legislaturziele festlegen, darin ist auch die Standortförderung involviert. Letztlich müssen die Legislaturziele auch in die Standortförderung einfließen. Wir machen Standortförderung nicht einfach ins Blaue hinaus. Ein erster Entwurf des Konzeptes ist in Erarbeitung. Bereits im Vorfeld ein Korsett anzulegen, scheint dem Gemeinderat nicht das geeignete Vorgehen zu sein. Der Gemeinderat bittet Sie, den Finanzkommission-Antrag nicht zu unterstützen.

Marco Kaufmann: Ich unterstütze die Argumentation von Gemeindeammann Dieth. Wir haben im Rat diese Stelle geschaffen. Man soll diese nun arbeiten lassen. Es kann nicht sein, dass Projekte nicht durchgeführt werden, nur weil man wegen einem kleinen Betrag einen Nachtragskredit beantragen muss. Wir sollten dem Gemeinderat das Vertrauen schenken und das Geld sprechen. Wie wir unseren Gemeinderat kennen, wird er das Geld sicher nicht ausgeben, damit es ausgegeben ist, sondern zurückhaltend sein.

Thomas Meier: Auch die CVP-Fraktion wird grossmehrheitlich den Streichungsantrag nicht unterstützen. Mein Vorredner hat es bereits gesagt: wir haben vor einem Jahr diese Stelle geschaffen. Jedem war wohl bewusst, dass es dafür ein Budget braucht. Es ist einfach die Frage der Verhältnismässigkeit. Ich mache eine Schätzung: Lohn dieser Stelle: Fr. 120'000.00 - Fr. 130'000.00. Ohne diese Stelle hatte man ein Budget von Fr. 90'000.00 zur Verfügung. Vor einem Jahr konnte man sich fragen, ob man dies möchte. Eine Partei hat sich gegen die Stelle entschieden. Da kann man auch sagen, es braucht das Budget nicht. Wenn man mehrheitlich für die Stelle war, dann muss man dieser auch das Instrument zum Arbeiten geben. Mindestens diese Personen, die vor einem Jahr der Stelle zugestimmt haben, müssten jetzt gegen die Streichung sein. Verfahrenstechnisch kann es ein Weg sein, den Betrag zu kürzen, die Entwicklung abzuwarten und dann einen Nachtragskredit zu stellen. Es scheint uns aber richtiger zu sein, den Betrag in der Grösse wie vom Gemeinderat beantragt, zu belassen. Dies kann man sicherlich unterschiedlich beurteilen. Wichtig ist mir aber, dass die Parteien, die den Betrag kürzen wollen, sagen, ob es nur verfahrenstechnisch ist oder ob sie grundsätzlich gegen ein Budget im Bereich Standortförderung in dieser Grössenordnung sind. Vorallem auch die Kreise, die vehement für die Stadt-Erklärung waren und für die die Standortförderung ein wichtiges Argument war, können jetzt kaum mit gutem Gewissen bei diesem Posten knausern. Das wäre eine logische Konsequenz. Die CVP ist zu 2/3 nicht feurig dahinter gestanden. Hinter dieser Vorlage stehen wir aber grossmehrheitlich und bitten euch, den gemeinderätlichen Antrag zu unterstützen und den Finanzkommission-Antrag abzulehnen.

Thomas Bodmer: Es ist vollkommen unklar, wozu die Standortförderung Mittel brauchen soll. Meines Erachtens ist überhaupt nicht klar, dass Standortförderung nicht einfach nur aus personellen Ressourcen besteht, sondern dass es auch noch Geld braucht, um Papier zu produzieren. Und noch in diesem Ausmass. Es ist nicht klar, ohne jedes Konzept und Vorstellung, was diese Stelle machen soll. Ich finde, der Finanzkommission-Antrag ist wohl überlegt und sollte unterstützt werden.

Werner Hartmann: Ich habe mit der teilweise widersprüchlichen Argumentation heute Abend schon etwas Mühe. Wir haben in der Informatik lange darüber diskutiert. Wir sind hier alle der Meinung, dass Wettingen eine professionelle EDV-Abteilung braucht. Dort hat der Gemeinderat einen fundierten Vorschlag gemacht. Nun sollte man dem Gemeinderat Vertrauen entgegenbringen. Bei der EDV-Abteilung hätte man auch

Vertrauen entgegenbringen müssen. Wir haben lange diskutiert, sogar darüber, wann der Stellvertreter seine Stelle antreten soll. Wir haben im operativen Geschäft über Details diskutiert, die eigentlich dem Gemeinderat obliegen. Da waren wir sehr kleinlich. Jetzt kommt die Standortförderung und man argumentiert völlig anders. Wir geben zusätzlich Geld aus ohne Konzept und ohne genaueres zu wissen. Damit tu ich mich schwer. Ich bin dafür, dass man hier etwas machen kann. Über das Malatelier haben wir auch diskutiert, zum Glück nicht so lange. Wir diskutierten über Fr. 9'000.00. Mir ist es egal, wie genau das Malatelier aussieht. Ich bin nicht derjenige, der darin sein wird. Bei gewissen Dingen gehen wir in die Details und passen sie an, bei anderen müssen wir wieder Vertrauen haben in den Gemeinderat, er gehe sorgfältig mit dem Geld um etc. Ich habe damit etwas Mühe, deshalb werde ich mich persönlich enthalten. Ich hätte es geschätzt, wenn ein Konzept vorgelegen hätte. Einfach ein paar Ideen. Diese könnten z.B. auch an der Dezembersitzung zur Orientierung vorgestellt werden. Der Punkt ist folgender: Wenn wir in einem Jahr wieder Budgetverhandlung haben, haben wir den Rechenschaftsbericht 2010 noch nicht. Dann wissen wir auch noch nichts weiteres. Kann man wenigstens erwarten, dass im Laufe des nächsten Sommers ein Zwischenbericht vorgelegt wird, damit man in einem Jahr bei der Budgetierung nicht wieder in der gleichen Situation ist?

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: In der kurzen Zeit, in der Frau Frauenfelder bei uns arbeitet, war es nicht möglich, ein Konzept zu erstellen. In der Arbeitsgruppe Standortmarketing, in der die verschiedensten Interessengruppen vertreten waren, hat man einen Bericht verfasst. Nun ist man daran, das Konzept zu erarbeiten. Der erste Entwurf wird dem Gemeinderat in Kürze unterbreitet. Der Zwischenbericht wird der Gemeinderat erstellen, auch damit er in das Budget 2011 alle bisherigen Erkenntnisse einfließen lassen kann. Weiter ist es das Ziel, im Januar 2010 dem Einwohnerrat das Konzept vorzustellen und es auf dem Internet zu veröffentlichen.

Thomas Bodmer: Warum bringt der Gemeinderat nicht einen separaten Budgetkredit mit Konzept und wir stimmen darüber ab?

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Letztlich ist es so: man hat die Stelle geschaffen und im Kreditantrag genau beschrieben, was man machen will. Wir sind der Auffassung, dass man nicht über jeden einzelnen Punkt des Konzeptes debattieren muss. Es ist ein Auftrag, der über den Stellenbeschrieb definiert wurde. Der Einwohnerrat erhält Kenntnis davon. Letztlich ist dies immer ein laufender Prozess. Sonst müssten wir auch z.B. bei der Bau- und Planungsabteilung für jeden Auftrag die Planung verlangen und diskutieren. Via Budget und Rechenschaftsbericht erhalten Sie immer Informationen.

Thomas Bodmer: Mich stört das Ausmass des zusätzlichen Betrages. Es war sich wohl niemand bewusst, dass mit den Kosten von ca. Fr. 200'000.00 für die Stelle wiederkehrende Fr. 300'000.00 anfallen werden. Meines Wissens gibt es einen Gesetzestext, der einen separaten Beschluss des Einwohnerrates für wiederkehrende Kosten verlangt. Die von der Finanzkommission vorgeschlagene Vorgehensweise ist absolut legitim.

Abstimmung

Der Finanzkommission-Antrag " Der Voranschlagskredit 840.365.04 "Beitrag Standortmarketing" sei um Fr. 150'000.00 auf Fr. 150'000.00 zu reduzieren." wird mit 13 : 21, bei 9 Enthaltungen, abgelehnt.

9. Finanzen

990.332.01 Pflichtabschreibungen

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Es stehen vor dem Schlussantrag noch 2 Anträge der Finanzkommission im Raum. Ich verzichte darauf diese zu stellen, weil wir ja jetzt andere Streichungs- oder Erhöhungsanträge haben, als die Finanzkommission vorgeschlagen hat. Es wäre Unsinn darüber abzustimmen. Ziel von der Finanzkommission war, die Pflichtabschreibungen maximal zu erhöhen. Martin Frey hat auf seiner Excel-Liste den Zusammenzug. Sobald wir das EW auch beraten haben, sehen wir, welche Ergebnisverbesserungen wir haben. Im Namen der Finanzkommission kann ich beantragen, dass man die Pflichtabschreibungen maximal erhöht und der Rest, welchen wir noch als Ausgleich über das Konto Aktiensteuern 900.401.00 schaffen müssen.

Pius Benz: Ich verlange Rückkommen zum Traktandum Feuerwehrfahrzeug. Ich habe klar den Antrag gestellt, Fr. 100'000.00 gegen Fr. 120'000.00. Über diesen Antrag wurde nicht abgestimmt. Es wurde anders gemacht: Antrag Finanzkommission gegen Antrag Gemeinderat. Antrag Finanzkommission hat obsiegt. Ich bin der Meinung, dass der Antrag Finanzkommission gegen den Antrag Fr. 100'000.00 abgestimmt werden muss. Dann wäre es korrekt, sonst nicht.

Hermann Steiner, Präsident: Das Rückkommen wurde bereits abgestimmt und abgelehnt. Wir haben eine Grundsatzabstimmung vorgenommen, ob das Fahrzeug angeschafft werden soll oder nicht. Dies wurde abgelehnt. Darin war dein Antrag enthalten. Der Gemeindeantrag wurde somit gar nicht gutgeheissen. Der Gemeindeantrag wäre dann mit deinem Antrag verglichen worden.

Pius Benz: Wenn ich einen Antrag stelle, muss darüber abgestimmt werden. Dann muss halt die Reihenfolge so gewählt werden, dass darüber abgestimmt werden kann.

Beat Brunner, Vizepräsident: Wir haben darüber abgestimmt, ob wir das Fahrzeug umrüsten, also die Hüftgurte montieren, oder ob wir ein neues kaufen wollen. Wir haben uns dafür entschieden, dass wir das Fahrzeug umrüsten wollen und kein Neues kaufen wollen, zu welchem Preis auch immer. Das war das eindeutige Resultat.

10. Gemeindewerke

Diverse Konten EWW

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Die folgenden Ausführungen sind mit der Finanzkommission nicht abgesprochen und können als persönliche Anträge meinerseits erfasst werden. Der Gemeinderat hat mir am Dienstag/Mittwoch dieser Woche mitgeteilt, dass sich die Sanierungssituation in der Pensionskasse des EWW verbessert hat und entsprechend keine erhöhten Pensionskassenbeiträge im Budget 2010 zu berücksichtigen seien. Dies hat diverse Anträge zur Folge:

Streichungsanträge:

022.3020 EWW Allgemein: Fr. 20'100.00

710.3050 Wasserwerk: Fr. 5'900.00

871.3050 Elektrizitätswerk: Fr. 21'000.00

874.3050 Verkaufsgeschäft: Fr. 1'100.00

Die Gewinne (Gewinnverteilung/Einlage in Reserven) haben sich wie folgt verändert:

Erhöhungsanträge:

710.4890 Wasserwerk: Fr. 10'200.00

871.3890 Elektrizitätswerk: Fr. 36'400.00

874.Verkaufsgeschäft: Fr. 1'500.00

Die Streichungsanträge beim Aufwand resp. Erhöhungsanträge beim Gewinn resp. Einlage in die Reserve entsprechen einem Gesamtbetrag von Fr. 48'100.00. Zusätzlich sind noch entsprechende interne Verrechnungen beim Personalaufwand vorzunehmen. Ich nehme an, Roland Kuster als Vertreter des Gemeinderates wird nachher bestätigen, was ich Ihnen vorgelesen habe. Die Zahlen wurden mir gegeben von Brigitte Zeindler, Finanzverantwortliche EW, in Absprache mit Peter Wiederkehr und Roland Kuster.

Gemeinderat Roland Kuster: Der Betrag von Fr. 48'100.00 mussten wir hinein nehmen bei der Budgetierung, weil dazumal Sanierungsmassnahmen anstanden resp. kurz vor der Beschlussfassung durch die Delegierten anlässlich der PK-Versammlung standen. Die Fr. 48'100.00 werden nicht gebraucht. Das hat verschiedene Korrekturen. Die Konti hat der Präsident der Finanzkommission erwähnt. Wir reduzieren diese und führen die Fr. 48'100.00 letztlich gesamthaft der Gewinnverteilung zu. Was die interne Verrechnung anbelangt, das ist reine Spartenrechnung des EW. Die Fr. 48'100.00 machen 60 % der Gesamteinlage aus. Die Arbeitnehmerschaft musste Fr. 31'900.00 einspeisen. D.h. der Totalbetrag wäre Fr. 80'000.00.

Werner Hartmann: Ich habe eine grundsätzliche Bemerkung. Ich finde es nicht gut, dass es sich nun im Budget einbürgert, dass man immer noch kurzfristig mit Dingen kommt. Das Budget hat man irgendwann einmal erstellt, diese Zahlen ändern sich laufend. Wir laufen nun Gefahr, dass man in den letzten Tagen noch schaut, wo gibt es noch eine Änderung, wie sieht es mit dem Steuereinkommen aus, was könnte man hier noch ändern. Es ist ja logisch, dass man in den letzten 2, 3 Wochen klüger wird. Aber es wird eine endlose Geschichte. Es ist das Budget und wir wissen, dass es gewisse Änderungen gibt. Für mich ist es kein Problem, wenn die Abrechnung etwas anders aussieht. Zu diesem Zeitpunkt konnte man es ja nicht wissen. Aber sonst öffnen wir Tür und Tor, dass laufend im letzten Moment Korrekturen vorgenommen werden. Das Budget ist eine Planungsgrundlage. Ich finde die Tendenz nicht gut. Die Sitzungen werden immer länger und wir müssen fast jeden Punkt hinterfragen. Ich möchte beliebt machen, dass wir im Normalfall das vorliegende Budget diskutieren und nicht über ein angepasstes Budget.

Thomas Bodmer: Ich habe eine Frage zu diesem Budget. Die Rechnung wird neu nicht mehr von der Price Waterhouse abgenommen, sondern von der BDO Visura. Ich verstehe nicht, weshalb das Gemeinderecht in der Vergangenheit zugelassen hat und die Revisionsstelle dies akzeptiert hat, dass der ganze Mechanismus der Darstellung derart anders war als neu. Aber offenbar ist es so. Ich vermisse jetzt im neuen Papier eine sonst relativ wichtige Grösse, nämlich die Bilanz. Ich sehe insbesondere nicht mehr, wie sich der Cash-Bestand des EW entwickelt hat und sich entwickeln wird. Ich habe hier mehrmals beanstandet, dass mehr als ein Jahresumsatz des EW auf verschiedenen Konti liegt. Wenn ich jetzt rechne, dass dieses Budget Überschüsse

vorsieht, dann muss ich annehmen, dass die Cash-Bestände noch weiter angestiegen sind und noch weiter ansteigen werden. Sie können mir sicher Auskunft erteilen.

Gemeinderat Roland Kuster: Wir sprechen vom Budget und nicht vom Rechnungsabschluss. Wir haben zu Handen der Finanzkommission eine vollständige Erfolgsrechnung abgeliefert. Wir sind höchst transparent und haben jetzt die Chance, dies mit dem neuen Rechnungsmodell auch zu sein. - Darf ich noch präzisieren: der Wunsch ist nicht von unserer Seite. Am 21. September 2009 wurden diese Entscheide gefällt. Der Wunsch ist von seiten der Finanzkommission erfolgt, dass man die Änderungen kommuniziert und korrigiert. Weil wir es heute schon wissen, kann man dies machen und dem Bürger offen legen. Wir müssten Bemerkungen herausnehmen, weil dort steht, dass man sanieren müsste. Ich bitte Sie, dass man das, was man zum Ganzen weiss, raus nimmt.

Patrick Bürgi: Werner Hartmann, ich bin nicht einverstanden mit diesem Votum. Ich bin der Meinung, dass man nicht das Budget korrigiert, weil man x beliebige Änderungen hat. Aber ich bin der Auffassung, dass ganz klare Ausgaben, welche nicht getätigt werden, dies ist ein Paradebeispiel, korrigiert werden müsse. Heute Abend ist der Zeitpunkt der Budgetverabschiedung bzw. es geht an das Volk zur Abstimmung. Jetzt ist der Zeitpunkt, wo die Veränderungen vorgenommen werden müssen. Für mich steht es nicht im Raum, dass ich den Antrag zurückziehe. Dann haben wir nämlich ein sauberes überarbeitetes Budget. Letztendlich sind die Zahlen relevant. Bei den Erläuterungen verzichte ich auf Anträge.

Abstimmung (alles miteinander)

Den Streichungsanträgen der Finanzkommission:

- 022.3020 EWW Allgemein: Fr. 20'100.00
- 710.3050 Wasserwerk: Fr. 5'900.00
- 871.3050 Elektrizitätswerk: Fr. 21'000.00
- 874.3050 Verkaufsgeschäft: Fr. 1'100.00

und den Erhöhungsanträgen der Finanzkommission

- 710.4890 Wasserwerk: Fr. 10'200.00
- 871.3890 Elektrizitätswerk: Fr. 36'400.00
- 874.Verkaufsgeschäft: Fr. 1'500.00

wird mit 39 : 0, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.

Steuerfussdebatte / Abschlussantrag Finanzkommission

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: In der Finanzkommission wurde im Zusammenhang mit der Steuerfussdiskussion ein Erhöhungsantrag um 2 % diskutiert,

dieser insbesondere verbunden mit der Absicht, die Pflichtabschreibungen maximal auf 15 % anzuheben. Letztlich verabschiedete die Finanzkommission das Budget 2010 basierend auf einem Steuerfuss von 87 % und Pflichtabschreibungen von 11 %.

Eine grosse Mehrheit der Finanzkommission will das momentan tiefe Steuerfussniveau halten. Sämtliche Mitglieder sind sich bewusst, dass die weitere Entwicklung der Finanzen im Auge behalten werden muss, einerseits die anstehenden Investitionen, andererseits auch die teilweise aufgeschobenen Positionen. Nebst dem Rechnungsabschluss 2009 im kommenden Frühling wird der Finanzplan Mitte nächsten Jahres Grundlage sein, die Steuerfussituation in Wettingen neu zu prüfen. Eine Reaktionsmöglichkeit im kommenden Herbst für das Budget 2011 ist jederzeit möglich.

Aufgrund der Ergebnisverbesserung habe ich vorhin ausgeführt, dass die Finanzkommission einstimmig der Meinung ist, die Pflichtabschreibungen maximal zu erhöhen und den zusätzlichen Ausgleich über das Konto "Aktiensteuern" zu berücksichtigen. Abschliessend empfiehlt Ihnen die Finanzkommission bei einem Abstimmungsverhältnis von 4:1 bei 5 Anwesenden folgenden Beschluss zu fassen:

Der Voranschlag 2010 des Elektrizitäts- und Wasserwerkes sowie das Budget 2010 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen, wobei der Steuerfuss auf 87 % und zusätzliche Pflichtabschreibungen von 11 % festgelegt werden.

Steuerfuss

Budgetausgleich

Martin Frey, Finanzverwalter: Es ist mir eine Ehre, Ihnen zum Abschluss das Ergebnis Ihrer Arbeit zu präsentieren. Ich habe selten eine so spannende und lustige Beratung des Einwohnerrates erlebt. Die beschlossenen Aufwandkürzungen und Ertragsverbesserungen ergeben eine Ergebnisverbesserung von Fr. 876'960.00. Das ermöglicht, zusätzliche Pflichtabschreibungen in der Höhe von 3 % zu bilden. Dies würde die Position 990.332.01 um Fr. 683'100.00 erhöhen. Im Konto Aktiensteuern 900.401.00 würde eine Ertragsreduktion um Fr. 193'860.00 resultieren. Somit wäre das Budget ausgeglichen.

Patrick Bürgi: Martin Frey, können Sie sagen, wieviel für das 4. Pflichtabschreibungsprozent fehlt?

Martin Frey, Finanzverwalter: Dies sind Fr. 14'000.00.

Patrick Bürgi: Ich stelle den Antrag, dass man das Konto 581.366.00 "Materielle Hilfe an Private" um Fr. 14'000.00 kürzt zu Gunsten eines 4. Pflichtabschreibungsprozentes. Ich denke, dies ist im Sinne der Finanzkommission. Obwohl es mein persönlicher Antrag ist, bin ich der Auffassung, dass es für die Gemeindefinanzen und das Ergebnis positiver wäre. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Andreas Rufener: Das Ziel von 11 % Pflichtabschreibungen ist ein ehernes Ziel. Wenn wir schon von der Position Aktiensteuern sprechen, warum reduzieren wir diese dann nicht entsprechend?

Martin Frey: Man müsste die Aktiensteuern erhöhen. Die Idee war, dort zu kompensieren, wo man sehr optimistisch budgetiert hat. Ich kann Ihnen sagen, was es

ausmacht: die Aktiensteuern müssten um Fr. 33'840.00 aufgestockt werden. Dann wäre es ausgeglichen mit 4 zusätzlichen Pflichtabschreibungsprozent.

Patrick Bürgi: Wenn Andreas Rufener diesen Antrag stellt, ziehe ich meinen zurück.

Andreas Rufener: Ich stelle den Antrag.

Maibach Markus: Normalerweise findet vor dem Rechnungsausgleich die Steuerfussdebatte statt. Aus Zeitgründen verzichten wir auf das Rollenspiel mit einen Antrag auf Steuerfusserhöhung der Fraktion SP/Wettigrüen. Ich möchte an dieser Stelle dem Gemeinderat mitgeben, im nächsten Jahr umzusetzen, was man sich im Finanzplan vornimmt.

Hermann Steiner: Wir stimmen über den Antrag von Andreas Rufener ab. Kann man ihn bitte wiederholen.

Martin Frey, Finanzverwalter: Der Antrag bedeutet 4 % zusätzliche Pflichtabschreibungen. Position 990.332.01 erhöht sich um Fr. 910'800.00. Damit haben wir zuviel korrigiert, nämlich genau Fr. 33'840.00 zu viel Aufwand. Deshalb müssen wir den Betrag bei den Aktiensteuern 900.401.00 erhöhen. Zusätzlicher Ertrag Fr. 33'840.00.

Abstimmung Antrag Andreas Rufener

Der Antrag "Erhöhung der Pflichtabschreibungen 990.332.01 um 4 % (Fr. 910'800.00) und Erhöhung der Aktiensteuern 900.401.00 um Fr. 33'840.00" wird mit 34 : 0, bei 9 Enthaltungen, angenommen.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 32 : 11 Stimmen folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Voranschlag 2010 des Elektrizitäts- und Wasserwerkes sowie der Einwohnergemeinde werden genehmigt, wobei der Steuerfuss auf 87 % und zusätzliche Pflichtabschreibungen von 11 % festgelegt werden.

4. Kreditbegehren von Fr. 200'000.00 als einmaligen Beitrag für die Belagsanierung der Tennisanlage Altenburg

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Die Tennisanlage Altenburg steht im Eigentum des Tennisclubs Wettingen (TCW). Das dazu notwendige Grundstück wurde durch den TCW im Baurecht von der Gemeinde Wettingen übernommen. Dieser Baurechtsvertrag wurde erst vor kurzem verlängert und läuft bis ins Jahre 2050. Baurechtszins muss vom TCW keiner geleistet werden. Die ursprüngliche Erstellung der Anlage sowie die zwischenzeitlich erfolgten Sanierungen wurden vom TCW getragen. Erstmals gelangt der TCW mit vorliegender Unterstützungsanfrage an den Gemeinderat Wettingen. Der TCW bestreitet sämtlichen Unterhalt aus der Vereinskasse. In der Vergangenheit betrugen alleine die jährlichen Platz-Instandstellungskosten Fr. 20'000.00 bis Fr. 25'000.00. Zudem sind noch Hypotheken offen, welche mit jährlich Fr. 25'000.00 amortisiert werden müssen.

Aufgrund der fortgeschrittenen Abnutzungserscheinungen ist eine Gesamtsanierung der Tennisplätze notwendig. Der TCW plant, in den nächsten fünf Jahren rund Fr. 545'000.00 in die Sanierung und Entwicklung der Tennisanlage zu investieren. Die entsprechende Übersicht der Projektierungskosten finden sich in der Botschaft auf Seite 2. Die dringend notwendige Belangssanierung und Versenkregnungsanlage, die notwendigen Umgebungsarbeiten sowie die Betonsanierung am Clubhaus betragen etwas mehr als Fr. 400'000.00 und sollen bis spätestens im Sommer 2010 realisiert sein. Ziel ist es, im Juni 2010 die aargauischen Tennismeisterschaften durchzuführen. Die veranschlagten Sanierungskosten von rund Fr. 400'000.00 sollen über den Sport-Toto-Fonds mit Fr. 120'000.00, den Gemeindebeitrag von Fr. 200'000.00 sowie den Vereinsbeitrag TCW mit Fr. 80'000.00 finanziert werden. Die Differenz zu den weiter anstehenden Projektierungskosten von insgesamt Fr. 545'000.00 wird gemäss Auskunft des Präsidenten des TCW, Herrn Oster, ebenfalls über den Club finanziert (rund Fr. 145'000.00).

Bei der Prüfung des vorliegenden Kreditbegehrens rechtfertigt es sich, einen Blick in das Kreditbegehren der Sanierung des Sportplatzes Bernau aus dem Jahre 2007 zu werfen. Damals ging es um Totalsanierungskosten von Fr. 650'000.00, wobei sich die Vereine mit Fr. 150'000.00 (rund 23 %), der Sport-Toto-Fonds mit Fr. 200'000.00 (rund 31 %) sowie die Gemeinde mit Fr. 300'000.00 (rund 46%) beteiligten. Sowohl die damalige Vorlage Bernau als auch die heutige Vorlage TCW basierten auf Richtofferten. Im Unterschied zum vorliegenden Kreditbegehren investierte die Gemeinde Wettingen bereits im Jahre 1993 Fr. 550'000.00 als zinsloses Darlehen ohne Amortisationsverpflichtung in den Sportplatz Bernau. Der TCW wurde durch die Gemeinde bislang noch nie unterstützt. Betrachtet man vorliegend lediglich die dringende Sanierung im Rahmen von Fr. 400'000.00, so beteiligt sich der TCW mit Fr. 80'000.00 (rund 20 %), der Sport-Toto-Fond mit Fr. 120'000.00 (rund 30 %) sowie die Gemeinde mit Fr. 200'000.00 (rund 50 %). Gemessen an den Totalsanierungskosten von rund Fr. 545'000.00 würde der Gemeindebeitrag mit Fr. 200'000.00 bei rund 37 % liegen. Insgesamt zeigt die Gegenüberstellung der beiden Vorlagen, dass der Gemeinderat gleiche Massstäbe ansetzt und die verschiedenen Begehren im Grundsatz gleich behandelt.

Im Rahmen des Kreditbegehrens Bernau im Jahre 2007 wurden flächendeckend die Beiträge der Gemeinde Wettingen zu Gunsten der Sportvereine überprüft. Diese Zusammenstellung zeigt das sehr intensive und vielfältige Vereins-Sport-Leben in Wettingen. Aktualisiert wurde die Übersicht nun im Frühjahr 2009. Erneut kann festgestellt werden, dass die Sportanlagen der Gemeinde Wettingen sehr rege benutzt werden und gut ausgelastet sind. Der TCW selbst hat rund 370 Mitglieder. Im aktuellen Wintertraining befinden sich 127 Juniorinnen und Junioren. Gemäss Auskunft des Präsidenten hat offenbar der Federer-Effekt zum grossen Zuwachs des TCW in den letzten Jahren beigetragen.

Analog des damaligen Finanzkommission-Antrages bei der Kreditvorlage Bernau steht ein sehr differenzierter Antrag des Gemeinderates im Raum. Nebst der Bewilligung eines Beitrages von Fr. 200'000.00 an die Belagssanierung der Tennisanlage Altenburg würden im Falle der Gutheissung des Einwohnerrates in einem separaten Vertrag die Bedingungen im Falle eines Heimfalles resp. einer Veräusserung der Tennisanlage die Bedingungen formuliert, um den Gemeindebeitrag zu sichern. Ebenfalls wird der TCW verpflichtet, nach vollendeten Bauarbeiten dem Gemeinderat die schriftliche Bauabrechnung zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Diese Zusatzanträge korrespondieren mit den damaligen Finanzkommission-Anträgen, was vorliegend zu begrüssen ist.

Zusammenfassend und unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse sowie der eigenen Anstrengungen des TCW rechtfertigt es sich, dem TCW den vorgesehenen Gemeindebeitrag von Fr. 200'000.00 zuzusprechen. Auch eine Gegenüberstellung dieses Beitrags mit den Beiträgen an die diversen Sportvereine ist eine Gleichbehandlung der Sportvereine gewährleistet. Während andere Sportvereine gemeindeeigene Trainingsstätten unentgeltlich oder zu sehr angemessenen Konditionen benützen können, verfügt der TCW über eine eigene Sportanlage, welche unterhalten werden muss. Diese Kosten wurden in der Vergangenheit und werden auch in der Zukunft durch den TCW selber finanziert. In Anbetracht der Gleichbehandlung sämtlicher Sportclubs in Wettingen ist die Belagssanierung der Tennisanlage Altenburg durch die Gemeinde Wettingen mit einem Beitrag von Fr. 200'000.00 zu unterstützen. Die Finanzkommission empfiehlt die gemeinderätlichen Anträge einstimmig zur Annahme.

Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat bittet Sie, den Anträgen zuzustimmen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 42 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

1. Für die Belagssanierung der Tennisanlage Altenburg wird dem Tennis Club Wettingen ein einmaliger Beitrag von Fr. 200'000.00 bewilligt.
2. In einem separaten Vertrag sind die Bedingungen im Falle eines Heimfalls resp. einer Veräusserung zu formulieren, mit denen der Gemeindebeitrag gesichert werden kann (Anrechnung und Indexierung gemäss Zürcher Baukostenindex).
3. Im Übrigen wird der Tennis Club Wettingen verpflichtet, nach vollendeten Arbeiten dem Gemeinderat die schriftliche Bauabrechnung zur Kenntnisnahme zu unterbreiten.

5. Postulat Jürg Baumann, SVP, vom 11. Dezember 2008 betreffend Überprüfung der Sackgebühren - Umsetzung

Jürg Baumann: Es ist sehr gut, dass die Gebührensenkung vom Gemeinderat vorgeschlagen wird. Mich befremdet es ein bisschen, dass man die Umsetzung etwas pragmatisch machen will und auf die Senkung der Sackgebühr verzichtet. Aber ich habe gewisses Verständnis. Ich habe aber kein Verständnis für den Betrag. Ich stelle den Antrag auf Reduktion um Fr. 10.00/Haushalt.

Felix Feiner: Abfall ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb mit ausgeglichener Budgetierung. Aufgrund der Tonnagen 2008 und den Verwertungskosten errechnete man Fr. 9.00. Es ist ein pragmatisches Vorgehen. Darüber entscheidet aber trotzdem der Einwohnerrat. Wir werden auch im nächsten Jahr die Gebühren im Auge behalten.

Werner Hartmann, Finanzkommission: Die Finanzkommission ist einverstanden mit dem Vorgehen und auch mit der Erhöhung auf Fr. 10.00/Haushalt. Es hätte sicher noch andere Vorgehen gegeben, aber man wollte nicht operativ eingreifen in die Geschäfte des Gemeinderates.

Abstimmung über Erhöhungsantrag

Der Antrag von Jürg Baumann "Erhöhung der Gutschrift pro Haushalt auf Fr. 10.00" wird mit 29 : 12, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

1. Die Kosteneinsparung bei den Verwertungskosten Kehricht, seien mittels einmaliger Gutschrift von Fr. 10.00 an jeden Haushalt/Betrieb weiterzugeben.
2. Das Postulat Jürg Baumann, SVP, vom 11. Dezember 2008 betreffend Überprüfung der Sackgebühren wird abgeschrieben.

Schluss der Sitzung: 0.05 Uhr

Wettingen, 15. Oktober 2009

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates
Präsident**

Hermann Steiner

Protokollführerin

Daniela Betschart